

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags aus
genommen. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin
18.— M. im voraus jährlich, von der Expedition selbst abgeholt 20.— M. Für Vor-
bezug nehmen sämtliche Verkauftellen Bestellungen entgegen. Unter Streifenband
bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M.
jährlich. Salvo-Kaufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30.— M.
Koblenz, Expedition und Verlag: Berlin 62, Breite Straße 6-8.

Die achtseitige Monatspreisliste oder deren Raum kostet 5.— M. einschließlich
Erwerbszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgesetzte Wort 2.— M., jedes weitere
Wort 1,50 M., einschließlich Erwerbszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif.
Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche
in Wort-Anzeigen: das festgesetzte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.
Fernsprecher: Zentrum 2026, 2645, 4516, 4603, 4635, 4649, 4921.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Tage der Spannung

Bedrohung der deutschen Neutralität

Dr. Martin S. Wronka.

Wie der „Dema“ aus zuverlässiger Quelle berichtet wird, haben die Militärs bei den deutschen Geschäftsträgern in Paris und London sowie durch ihre eigenen Vertretungen in Berlin wiederholte Anregungen in dem Sinne gegeben, die deutsche Regierung zu einer Besprechung über die Frage der Durchlassung von interalliierten Truppentransporten für Polen einzuladen. Unter Hinweis auf die deutsche Neutralitätserklärung, die eine Zulassung von Truppentransporten selbstverständlich völlig ausschließt, hat die Reichsregierung derartige Aufforderungen unabweisend abgelehnt.

Die Militärs versuchen nun, den Friedensvertrag dazu zu benutzen, eine direkte Auseinandersetzung in dieser für sie höchwichtigen Frage mit Deutschland zwangsweise herbeizuführen. Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer-Kaufmann, wurde in das französische Ministerium des Aeußeren gerufen und ihm eröffnet, die Militärs hätten es für nötig, Deutschland auf die unbedingte Forderung der Militärs in Bezug auf die Durchlassung von Truppen und Munitionstransporten hinzuwirken.

Die englisch-russischen Verhandlungen

Amsterdam, 6. August.

Bei seinen gestrigen Ausführungen über die russisch-polnische Frage im Unterhause sagte Lloyd George u. a. noch: Bis hierher sei keine Antwort der Sowjetregierung auf das Telegramm vom 29. Juli über die Londoner Konferenz eingegangen. Doch hört er jedoch, daß Kamenew ein Telegramm der Sowjetregierung empfangen habe, über das er wahrscheinlich eine Mitteilung machen werde. Ueber den Inhalt des Telegramms sei indessen nichts bekannt. Ueber die Zusammenkunft mit den Sowjetdelegierten sagte Lloyd George: Er und Bonar Law hätten Kamenew und Krassin klar gemacht, daß die Forderung der Sowjetregierung, zugleich mit der Beratung der Waffenstillstandsbedingungen auch den Frieden zu erörtern, und in Verbindung damit der beschleunigte Vormarsch der Sowjetarmee auf Warschau notwendigweise den Verdacht erwecke, daß die Sowjetregierung bei dem von ihr geäußerten Wunsch nach Frieden und bei ihrer Erklärung, daß sie beabsichtige, die Freiheit und Unabhängigkeit Polens zu achten, nicht aufrichtig sei, und daß dieser Verdacht durch die lange Verzögerung in der Beantwortung des englischen Telegramms vom 29. Juli verstärkt worden sei. Sie hätten ferner darauf hingewiesen, daß der sofortige Abschluß eines Waffenstillstandes bei billigen Bedingungen das einzige Verfahren sei, welches geeignet sei, diesen Verdacht zu zerstreuen. Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die Sowjettruppen in das ethnographische Polen eingerückt seien, würde die englische Regierung wirksame Schritte tun, um die Hindernisse zu beseitigen, die der Durchschiebung von militärischem Material aus Danzig nach Polen im Wege stehen.

London, 6. August.

„Daily Express“ behauptet, zu wissen, daß Lloyd George gestern Krassin und Kamenew mitgeteilt habe, es seien Befehle über Wiedereröffnung einer neuen Blockade an die britischen Seestreitkräfte ergangen. Nach dem „Daily Herald“ hat das Geschwader in der Nordsee den Befehl erhalten, nach dem Baltischen Meere in See zu gehen.

Die Antwort der Sowjetregierung

London, 6. August.

Die Antwort der Sowjetregierung ist hier eingetroffen. In der Antwortnote wird, wie verlautet, gesagt, die Bolschewiken können im Augenblick ihre Operationen gegen Polen nicht aufgeben. Sie seien der Ansicht, daß sowohl aus militärischen als auch rechtlichen Gründen der Vormarsch gerechtfertigt sei. Sie erklärten sich bereit, die Verhandlungen über einen Waffenstillstand und den Friedensvertrag auszunehmen, sobald polnische Delegierte in Warschau eingetroffen seien und sobald sie den Beweis dafür hätten, daß diese Delegation die erforderlichen Vollmachten besitze, um über den Frieden zu verhandeln. Die Sowjetregierung erklärt sich außerdem bereit, die volle Unabhängigkeit Polens zu garantieren und Polen günstige Grenzen zu gewähren. Die Sowjetregierung wolle mit Polen über einen Separatfrieden verhandeln. Die Sowjetregierung erklärt ferner, daß Krassin und Kamenew Vollmachten hätten, den Frieden abzuschließen. Die Sowjetregierung weigert sich jedoch, den Vertretern der Handelskanten Zutritt zu den Friedensverhandlungen zu gestatten.

Man wird das Urteil über die Antwort der Sowjetregierung zurückstellen müssen, bis ihr authentischer Text vorliegt. Nach der bisherigen Haltung der Sowjetregierung gegenüber Polen erscheint es einigermaßen zweifelhaft, daß sie nun dem Abschluß des Waffenstillstandes und der Einleitung der Friedensverhandlungen Schwierigkeiten in den Weg legt, um den Vormarsch gegen Warschau fortsetzen zu können. Die Sowjetregierung, die durch ihre Vertreter im

Auslande über die internationale Lage ausreichend unterrichtet ist, dürfte am allerwenigsten darüber im Zweifel sein, daß eine derartige Haltung den Frieden mehr gefährden als fördern müßte, und nur den Kriegstreibern in Frankreich und England willkommen sein würde. Wir sind umso eher berechtigt, die Richtigkeit dieser Meldung in Zweifel zu ziehen, als es in ihr zum Schluß heißt, daß die Sowjetregierung nach wie vor bereit sei, die Unabhängigkeit Polens zu garantieren und ihm günstige Grenzen zu gewähren.

Die polnisch-russischen Verhandlungen

London, 6. August.

„Morning Post“ meldet, daß sich eine polnische Delegation mit Vollmachten zum Abschluß eines Friedensvertrages mit den Bolschewiken am 5. dieses Monats nach Warschau begeben habe.

Warschau, 6. August.

„Kurjer Warszawski“ berichtet, daß das Kabinett gestern den ganzen Tag über die dem bolschewistischen Friedensvorschlag gegenüber einzunehmende Stellung beraten hat. Es wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen, die Entsendung von Friedensdelegierten von der vorherigen Antwort der Bolschewiken auf die polnischen Bedingungen, welche der Sowjetregierung in einer besonderen Note übermittelt werden sollen, abhängig zu machen. Diese Bedingungen sollen wie folgt lauten:

1. Anerkennung der Souveränität des polnischen Staates,
2. Verpflichtung der Sowjetregierung, sich in die innere Angelegenheiten Polens nicht einzumischen.

Der ursprüngliche Plan, die Friedensdelegation sofort nach Warschau zu entsenden, ist fallen gelassen worden.

Der Widerspruch zwischen den beiden Meldungen ist so eklatant, daß man annehmen muß, die polnische Regierung habe zwar am 5. d. M. die Delegation nach Warschau abgesandt, aber gleich darauf wieder nach Warschau zurückgerufen.

Arbeiter gebt Acht!

Betriebsräte und Betriebsobleute aller Industrie- und Verkehrsgruppen Groß-Berlins

Die imperialistischen Anschläge gegen Sowjetrußland treten immer deutlicher zutage. Täglich laufen neue Meldungen ein über Waffen- und Munitionstransporte, die von der Arbeiterkassette, von den Eisenbahnern angehalten werden. Aus den besetzten Gebieten werden Truppenkonzentrationen gemeldet. Die Entente — und ganz besonders Frankreich — wird ihre Pläne dann mit Macht durchzuführen versuchen, wenn ihre Vorbereitungen diese Möglichkeit zulassen. Dann ist es notwendig, daß nicht nur hier und dort einzelne Transporte angehalten werden, sondern daß die Betriebsräte in allen Industriezweigen planmäßig die Fabrikation und den Transport von Waffen und aller Art Kriegsmaterial schärfstens kontrollieren. Die Betriebsräte der Eisenbahn haben darauf zu achten, daß jeder Zug kontrolliert wird. Es werden auch Züge unter einem falschen Bismarck-Schmuggel versucht, hier ist ganz besondere Aufmerksamkeit am Platze.

Die Betriebsräte der Speditionsbetriebe und des Verkehrs überhaupt haben alle Güter, die zu transportieren sind, vorher genau zu prüfen.

Die Betriebsräte der Druckereien haben acht zu geben auf die Druckmaschinen, die hergestellt werden, speziell auch Aufsätze, Flugblätter und dergleichen. Die Auftragsgeber verdächtiger Druckerzeugnisse sind schnellstens festzustellen.

Die Betriebsräte der Metallindustrie und anderer Industriezweige haben darauf zu achten, ob und welche Kriegsmaterialien hergestellt werden.

Die Betriebsräte der Lebensmittelindustrie, ganz besonders des Großhandels, müssen ihren Geschäftsgang genau beobachten.

Alle Wahrnehmungen, die irgendwie darauf schließen lassen, daß es sich um Lieferungen an Polen und damit um Aktionen gegen Sowjetrußland handelt, sind sofort der unterzeichneten Körperschaft mitzuteilen.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte! Seid euren Betriebsräten bei allen Feststellungen behilflich und bedenkt, daß, wenn es nicht gelingt, die auch von der deutschen Regierung proklamierte Neutralität zu erzwingen, Deutschland Kriegshaus wird. Seht der Solidarität der Arbeiter die Solidarität der Ausgebühten entgegen! Kämpft für die Aufrechterhaltung der Neutralität! Verhindert jede Unterstützung der neuen Kriegstreiber!

Die provisorische Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlin,

Rüdingstraße 24.

Karl Bollmerhaus, Rich. Müller

Boxhagen.

Die glänzende Reichswehr

In dem Gesetz für die vorläufige Regelung des Reichshaushalts sind die Unkosten für das zukünftige Hunderttausend-Mann-Heer in Bausch und Bogen zusammengestellt worden. Es werden insgesamt für das laufende Etatsjahr 2 1/2 Milliarden Mark angefordert. Eine eingehende Kritik über die Verwendung der angesforderten Summen ist nicht möglich, weil eine genaue Gliederung der Truppenteile durch die Verteilung der Kräfte auf dieselben dem Gesetz nicht beigelegt ist. Es ist bei unserer Reichswirtschaft nach dem Grundjahre verfahren worden: auf ein paar Millionen, vielleicht auch Milliarden mehr oder weniger kommt es nicht an. Die Hauptsache ist, daß das Hunderttausend-Mann-Heer seinen Zweck erfüllt. Nach den Zahlen scheinen die Zwecke dieses Heeres etwa folgende zu sein:

1. Eine Versorgungsanstalt für Offiziere, insbesondere für alte ergrante Offiziere; 2. ein Verein von Soldaten, der sich hauptsächlich die Pflege des Unteroffiziersstandes zur Pflicht gemacht hat; 3. eine Anstalt, die neben einigen militärischen Übungen hauptsächlich die Angehörigen für alle übrigen nützlichen und unnützlichen Tätigkeiten im menschlichen Leben vorbildet; 4. eine Vereinigung für hippologische Zwecke, bei der die Mitglieder sich nicht nur reitend betätigen, sondern sich auch zur Hebung der Pferdezucht als Pferdehändler ausbilden können; 5. eine Verwaltungsmaschine, in der mehr Papier verschrieben wird, als die ganze Reichswehr wert ist; 6. durch ihren ganzen Aufbau und ihre Betätigung dem Volke den Nachweis zu führen, daß man besser heute als morgen dieses Soldateninstitut aufhebt und es durch einen aus dem Arbeitsverhältnis hervorgehenden Ordnungsschutz ersetzt.

Betrachten wir zuerst die Zahl der Offiziere im Verhältnis zur Mannschaftstärke. Das Hunderttausend-Mann-Heer soll sich aus 4000 Offizieren und 86.000 Unteroffizieren und Mannschaften zusammensetzen. Die Streitmacht braucht allein 4 Vollgeneräle und 14 Generaleleutenants. Dabei hat man wahrscheinlich nur an die schönen Uniformen gedacht, die diese Herren tragen. Die Uniformen sollen anscheinend konserviert werden. Es wäre aber viel besser, die Reliquien im Zeughaus der Nachwelt zu erhalten. Denn welche verschiedenen Armeen die Generale in einem zukünftigen Krieg führen sollen, ist noch nicht bekannt. Weiter sieht der Etat 36 Generalemajor vor. 10 hätten sicherlich auch genügt. Bei der Fülle dieser Charge werden die einzelnen Glieder sich schließlich so im Wege stehen, daß man jährlich sicher ein Viertel als überflüssig verabschieden muß. Insgesamt haben wir bei der Reichswehr 54 Generale, d. h. so viel, daß auf 1800 Soldaten 1 General entfällt.

Zu den 54 Generalen kommen dann noch 795 Stabsoffiziere und 205 Oberleutnants. Wenn der Herr Reichswehrminister die Entente nicht auf dumme Gedanken bringen will, wäre es gut, eine nähere Erläuterung dafür zu geben, wozu die vielen Stabsoffiziere gebraucht werden. Auf netto 120 Mann kommt nämlich ein Stabsoffizier. Ohne an den Vorzügen dieser Herren irgendwie rütteln zu wollen, erscheint uns dieses Verhältnis denn doch ein bisschen zu auffällig. Die Futtertöpfe der Reichswehr sind zwar ziemlich groß. Wenn aber jeder Stabsoffizier einen richtigen Happen weghacken will, kann es bei der Fütterung sehr leicht zu einem peinlichen Gedränge kommen.

Der Etat beschert uns dann weiter mit 1058 Hauptleuten. Das Zahlenverhältnis tritt hier noch krasser in die Erscheinung, als bei den Stabsoffizieren, denn wenn an 240 Mannschaften 2 Stabsoffiziere herumdrillen, so kommen auf einen Hauptmann nur 90 Soldaten, dem außerdem noch 2 Leutnants zugeteilt werden, falls der Herr Hauptmann mit seinen Leuten in 12 Jahren nicht ganz fertig werden sollte. Es ist schwer, über diesen Offiziersstand keine Satyre zu schreiben. Für die Uebergangszeit, d. h. bis zum 1. Januar 1920, treten dann noch 2475 Offiziere hinzu, jedenfalls, um sich gegenfeitig auf die Hühneraugen zu treten. Es wird ein fürchterlicher Konkurrenzkampf entbrennen, der uns noch allerlei angenehme Ueberraschungen bescheren kann.

An einer Stelle des Etats kamen wir auf den stillen Verdacht, daß man die Gegner in einem zukünftigen Kriege nicht mit Handgranaten, Gasgranaten, Gewehrknugeln und andern mörderischen Instrumenten bekämpfen will, sondern mit dem Fidelebogen oder sonst einem Musikinstrument. Eine andere Erklärung läßt sich für die 109 Obermusikmeister schlechterdings nicht finden. Sehr stattlich ist auch das Heer von Feuerwerkern, Zeugfedewebern, Schirmmüllern, Brieftaubenmüllern usw. Welcher Beschäftigung diese Leute nachgehen sollen, ist uns schleierhaft. Jedenfalls rechnet man in der Umgebung des Reichswehrministeriums damit, jährlich mindestens ein Dutzend Revolutionen niederzuschlagen.

Und nun die Front-Unteroffiziere! Auf 96.000 Köpfe entfallen 16.413 wirkliche Unteroffiziere, also auf noch nicht 5 Mann einer. Doch auch diese Rechnung ist nicht ganz richtig, denn es heißt in den Erläuterungen, daß die Zahl der Unteroffiziere einer Formation das Doppelte der planmäßigen Oberoffiziersstärke der einzelnen Dienstgrade (Oberfeldwebel, Unterfeldwebel, Unteroffiziere) betragen darf. Die überplanmäßigen Unteroffi-

ziere sollen auf die Zahl der Mannschaften in Anrechnung gebracht werden, aber die vollen Gehälter ihres Dienstgrades beziehen. Das Hunderttausend-Mann-Heer wird also in der Praxis mit ziemlich sicherer etwa 40 000 Front-Unteroffiziere enthalten. Rechnen wir die Ober-Rufmeister und dergleichen hinzu, dann ist jeder zweite Mann in der Reichswehr ein Unteroffizier.

Welche großzügigen Gedanken lassen sich daran knüpfen! Wo sollen für alle diese Unteroffiziere die Kulis herkommen? Wie sollen die Burschen für die Offiziere, die Ordonnanzen für die Kavallerie gestellt werden? Man wird da wohl wieder auf das Zivildienstpflicht-Gesetz zurückgreifen müssen. Das wäre übrigens ein großartiger Plan, um doch noch das 200 000 Mann-Heer zu erhalten. Jeder Unteroffizier bekommt vom Staate einen Burschen gestellt, die Generale und Stabsoffiziere erhalten je zwei Burschen, die übrigen Offiziere je einen, in die Schreibstuben schickt man Zivil-Hilfskräfte (die für die Küchen übrigens schon vorgesehen sind), und wir haben dann ein Heer, das aus Offizieren, Unteroffizieren, Schreibern, Burschen und Ordonnanzen besteht!

Sollten die hier angestellten Betrachtungen keine praktische Gestalt erhalten, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß bei 40 000 Front-Unteroffizieren auf jeden Unteroffizier ein Mann zur Ausbildung entfällt. Wir wollen auch den Wert des Unteroffiziers nicht verringern, aber so viel kann doch wohl festgestellt werden, daß die Kraft des Unteroffiziers durch die Ausbildung eines einzelnen Mannes 12 lange Jahre hindurch nicht voll auszunutzen ist. Dem gemeinen Mann 12 lange Jahre langsame Schritte machen zu lassen, wäre wohl ein bißchen zu viel verlangt. Aber vielleicht geht es doch! Der langsame Schritt ist ja an sich schon eine Zivilleistung. Weshalb soll man da die Hebung nicht noch mehr vervollständigen und weiter treiben? Der „neuzzeitige Betrieb der Leibesübungen im Heere“ läßt es gar nicht so für unraffam erscheinen, die Reichswehr als Vorstufe für allerlei Kunstfertigkeiten zu betrachten. Die Vorbereitungen zum Schießen auf Dachböden könnten soweit entwickelt werden, daß aus den Mannschaften nachher Kunstschützen im Zirkus oder Varietee werden. Auch das Erziehen von Gefangenen „auf der Flucht“ sieht sich noch sehr vervollkommen. Es wäre dies ein schöner und angenehmer Zeitvertreib und die besonders scharfsinnigen Schützen könnten außerdem noch als Beobachter für lästige Persönlichkeiten Verwendung finden. Das Spikewesen wird in Deutschland ja doch nicht so bald sein Ende finden.

Sollten die vielen Unteroffiziere bei der Ausbildung in diesen Künsten Langeweile bekommen, dann wäre es ratsam, sie schnellstens unter die Haube zu bringen. Sie könnten dann Kinder warten, Einkäufe für den Haushalt besorgen, Strümpfe stopfen und sich im Haus und Hof nützlich beschäftigen. Die Sache hat aber einen Haken. Die Unterkosten der Reichswehr würden ins Ungemessene wachsen und der Milliarden-Etat würde eine Höhe erreichen, die selbst einem Milliardär, der in dem Umgang mit Zahlen bewandert ist, das Gruseln beibringen könnte. Aber was tut man schließlich nicht alles für die Reichswehr, wenn sie auf „Ruhe und Ordnung hält“ und darüber wacht, daß die Ministeressel nicht über Nacht einmal alle umgeworfen werden. Was tut man nicht alles für die Wehrmacht, wenn sie nur dafür sorgt, daß das kapitalistische System erhalten wird, welches uns immer wieder in das wirtschaftliche Elend hineinschleudert, bis der Bankrott vollkommen ist.

Aktion der englischen Arbeiterpartei

London, 8. August.

Der Sekretär der englischen Arbeiterpartei, Arthur Henderson, hat an alle Ortsgruppen in England ein Telegramm geschickt, in dem es heißt: Wegen der sehr drohenden Möglichkeit einer Ausbreitung des polnisch-russischen Krieges ersuche ich alle Ortsgruppen auf das Dringlichste, Kundgebungen zu organisieren, um gegen eine Intervention sowie gegen das Ausmarschieren von Soldaten und Munition für Polen zu protestieren und folgende Forderungen aufzustellen: Friedensverhandlungen, sofortige Aufhebung der Blockade und Wiederherstellung der Handelsbeziehungen. Resolutionen in diesem Sinne sind an den Premierminister und die Presse zu senden.

Praktische Solidarität

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.)

Karlsruhe, 8. August.

Auf dem Rangierbahnhof in Karlsruhe befinden sich eine große Anzahl Eisenbahnwagen mit Heeresgut und Munition, die durch Karlsruhe nach Polen befördert werden sollen. Das Personal hat sich geweigert, dieses Kriegsmaterial nach Polen zu befördern. Weiter sind eine große Anzahl Güterwagen für Polen verkauft, die nach Ungarn befördert werden sollen. Das Personal weigert ebenfalls die Beförderung. Bei der Beratung teilte die Eisenbahndirektion mit, daß von der Reichsregierung mitteilt wurde, es müssen unter ihrer Zustimmung über 400 Waggons in die Tschechoslowakei befördert werden. Es enthalten:

Wagen 170 Waggons,
Munition 200 „
Uniformen 100 „

Die letzteren zwei Sendungen sind ebenfalls Heeresgut. Es wird befürchtet, daß dieses Material ebenfalls für Polen direkt oder indirekt verwendet werden soll. Der Betriebsrat erklärte, daß das Personal auch diese Beförderung ablehnen würde.

Die Pazerverweigerung

In ihrer Jaurès-Gedenknummer bringt die „Humanität“ folgende Notiz:

„Heute abend sollte sich das Mitglied der Deutschen Unabhängigen Sozialistischen Partei, Reichstagsabgeordneter Ledebour, unter uns befinden, da er die Aufforderung der Partei angenommen hat, im Rahmen der deutschen Sozialisten zu kommen und an der Gedächtnisfeier des 6. Jahrestages des Todes von Jaurès teilzunehmen. Aber die französische Regierung hat Ledebour den Eintritt in unser Land untersagt. Dieses Verbot trifft weniger Ledebour und unsere deutschen Genossen, als uns selbst, uns französische Sozialisten. Tatsächlich sind seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages bereits viele Deutsche nach Frankreich gekommen. Einige haben in Paris gewohnt, um hier Fragen internationaler Art zu behandeln. Die französische Regierung hat der Reise, die für die katholischen katholische Parlamentarier durch Europa unternommen, um eine umfassende katholische Internationale aufzurufen, keine Opposition entgegengelehrt. Die französische Regierung hätte sich vielmehr für verpflichtet, indem sie so den Konfliktismus und den Konfliktismus unterstützt, sie unter allen Umständen, im Gegensatz zu uns, zu begünstigen. So empfängt sie die römischen Katholiken, die treuesten Freunde, die der ehemalige Kaiser je gehabt hat, so schließt sie Ledebour aus, der während des Krieges um den Preis seiner Freiheit der entschlossenste Feind Wilhelms II. war.“

Der heute abend abwesende Ledebour wird deshalb nicht weniger von uns geehrt werden. Wir wollten, indem wir unseren Protest gegen den neuen Mißbrauch der Regierungsmacht bis zu diesem Tage aufsparten, die Gelegenheit ergreifen, um die Ehrung, die wir in dieser Stunde dem Gedächtnis Jaurès vorbringen wollten, mit der Ehrung derjenigen unterer deutschen Genossen verbindend, die für die gemeinsame Sache dahingegangen sind, oder für sie gelitten haben, den Opfern, deren ruhmvoller Vertreter, Ledebour, fern von uns bleibt.“

Ein Gnadengehalt

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Karlsruhe, 8. August.

Der badische Landtag bewilligte dem zurückgetretenen rechtssozialistischen Staatspräsidenten Geiß ein Ruhegehalt von jährlich 20 000 M. Diese Bestimmung steht den allgemeinen Befolgungsbedingungen entgegen. Die Befolgungsbedingungen für zurückgetretene oder abberufene Minister, welche vorher nicht im Staatsdienst gewesen sind, nur den Fortbezug des Gehaltes für die Dauer von sechs Monaten zu.

Es wirt ein eigenartiges Licht auf den Charakter des Herrn Geiß, daß die badische Bourgeoisie sich bereit zeigt, dem Manne entgegen den gesetzlichen Bestimmungen ein solches Gnadengehalt auszuweisen. Ist das der Dank für die treue Wahrung von Ruhe und Ordnung und Ehrlichkeit vor dem angekommenen Besitz, deren sich Herr Geiß während seiner Amtszeit befleißigt hat? Noch seltsamer aber ist es, daß ein Sozialist eine solche Prämie bezieht. Der Fall zeigt erneut, wie notwendig es ist, daß die rechtssozialistischen Arbeiter sich ihre Führer genau ansehen.

Kein Lohnabzug mehr

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.)

Ludwigshafen, 8. August.

Die Direktion der Zinn- und Sodawerke in Ludwigshafen hat ihren Arbeitern folgende Erklärung abgegeben:
„Ab Jahrestag 32 (13. August) wird bis auf weiteres der Steuerabzug nicht mehr erfolgen. Die bisher abgezogenen Steuerbeiträge werden, wenn irgendmöglich, am Jahrestag 32 an die Belegschaft zurückvergütet. Sollte das jeweilige Steuergehalt eine Verringerung erfahren, so daß vielspäter entsprechende Zahlungen verlangt werden, ist die Direktion bereit, erneut mit dem Betriebsrat in Verhandlungen einzutreten.“

Die Waffenfunde in Jüterbog Flugzeuge auf brandenburgischen Gütern

In Jüterbog sind dieser Tage größere Mengen Waffen gefunden worden, die für die Zwecke der Reaktion bereitgehalten wurden. Eine Hausung auf der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft des brandenburgischen Landvolkes ergab, daß die ganze Mark Brandenburg nach den Plänen des berüchtigten Hauptmanns Fischer bewaffnet und militärisch organisiert werden soll. Aus den ausgehenden Listen ging hervor, daß fast sämtliche Offiziere, die aus der Sicherheitspolizei wegen Unzuverlässigkeit entlassen worden waren, sich Fischer zur Verfügung gestellt haben und von ihm bereits als Organisationsleiter der brandenburgischen Bewaffnungsaktion bestimmt waren. Zu dieser Meldung können wir noch folgendes nachtragen:

Der Hauptverwaltung der Reichstreuhandgesellschaft in Jüterbog, die aus dem Reichsbesitz hervorgegangen ist, sind etwa 500 Flugzeuge der verschiedensten Typen anvertraut worden, die nach dem Friedensvertrag zur Verfügung der Entente-Kommissionen stehen müssen. Von diesen Flugzeugen werden jetzt nachfolgende Flugzeuge abgeholt und in der Umgebung auf den einzelnen Gütern untergebracht. So sind auf dem Gut Beckus bei dem Rittergutsbesitzer v. Dohow zwei Flugzeuge und eine größere Anzahl von Waffen, u. a. 50 Stielhandgranaten, versteckt worden. In Heinersdorf liegt ebenfalls ein Flugzeug, die dortige Einwohnerwehr ist nicht aufgelöst, auch haben deren Mitglieder noch sämtliche Waffen. Auf dem Gut Waldau stehen ebenfalls zwei Halberkötter Flugzeuge, Typ C4 und C5. In Fröden stehen drei Halberkötter Flugzeuge C5. Im Alten Lager sind 10 Mercedes-Flugzeug-Motoren, davon zwei spanische und acht englische, untergebracht worden. Dort ist ebenfalls eine Jagdmaschine D5 untergebracht. In Gräsdorf steht auf dem Gut des Gutbesitzers Salomon eine Jagdmaschine D5, die angeblich einem Leutnant Jato gehören soll. Auf demselben Gut sind auch zwei schwere Maschinengewehre mit 1000 Schuß und eine größere Anzahl von Karabinern untergebracht.

Die Jüterbog Gewerkschaften verlangten von dem Landratsamt einen Gendarm, in dessen Besitz eine Nachprüfung vorgenommen werden sollte. Der Gutinspektor Bergmann und ein auf dem Gut wohnender Leutnant Lehmann verweigerten erst jede Auskunft. Lehmann drohte sogar, die Kommission nach Hause zu lassen. Später gab er jedoch zu, daß ein Flugzeug untergebracht ist und zeigte es auch. Ueber die Waffen verweigerten sie aber jede Auskunft, trotzdem der Gendarm eine Bescheinigung des Landratsamtes vorlegte, wonach er berechtigt sei, die Waffen zu beschlagnahmen. Leutnant Lehmann erklärte, das Landratsamt sei dafür nicht zuständig, sondern ein Herr Rittmeister Kosew, der Führer der dortigen Einwohnerwehr. Kosew, der in seinem Zivilberuf Kreissekretär im Landratsamt ist, erklärte später, er könne machen was er wolle und daß zu, daß die Waffen an die Einwohnerwehr verteilt werden müßten.

Diese Tatsachen geben wir bekannt, damit dem Reichskommissar zur Beschlagnahme von Waffen die Arbeit erleichtert wird.

Die Waffenschlebung in der Passauer Straße

Das Kommando der Sicherheitspolizei meldet am 8. August: Die Ermittlungen über den Waffenschleub in der Passauer Straße sind seitens der Sicherheitspolizei abgeschlossen worden. Es hat sich bisher kein Anhalt dafür ergeben, daß Hauptwachmeister Sommerborn ein Verstecken der Waffen nach Polen beabsichtigt hätte. Die in die Angelegenheit verwickelten Zivilpersonen, Ingenieur See Kay und Kaufmann Kohler, sind inmitten festgenommen worden, nach Hause wird noch gefahren. Das Kommando der Sicherheitspolizei hat die ganze Angelegenheit nunmehr an die Staatsanwaltschaft beim Landgericht 2 abgegeben.

Sieg des völkischen Gedankens

Die deutsche Reaktion jubelt über den Abbruch des Boykotts gegen Ungarn. Die „Deutsche Zeitung“ schreibt:

„Das erste Unternehmen der jüdischen, roten Internationale auf dem Gebiete der europäischen Politik hat das verdiente Schicksal erlitten. Weil das ungarische Volk sich eine Verfassung und Gesetze gegeben hat, die den Juden und ihren getreuen Knechten nicht pakteten, sollte das ganze Volk ausgehungert und seiner notwendigen Bedürfnisse beraubt werden. Die unmenschliche Blockade gegen Frauen und Kinder, die England im Kriege gegen Deutschland anwandte, allen Gesetzen des Rechts und der Menschlichkeit zum Trotz, die wurden hier mitten im Frieden gegen ein Volk verhängt, das keinem Raubharn etwas zuleide getan hätte. Ungarn hat sich als der stärkere Teil erwiesen, und der völkische Gedanke hat einen glänzenden Sieg errungen. Vivant lequint!“

Der Jubel ist verfehlt. Die deutsche Reaktion wird noch erleben, was diesem unter sehr schwierigen Bedingungen vorgenommenen ersten Versuch einer internationalen Aktion des Proletariats folgt. Eine Diskussion darüber, ob der Gedanke internationaler Aktionen lebensfähig ist, werden wir mit dem Organ der deutschen Horthornen nicht führen. Dankbar sind wir aber dafür, daß das Blatt uns und der Welt endlich eine authentische Inter-

pretation des vieldeutigen Begriffes „völkischer Gedanke“ gibt. Völkischer Gedanke — das ist Solidarität mit den ungarischen Kämpfern. Darüber kann nach der Auslegung des Blattes kein Zweifel mehr sein. Dann aber geschieht es recht, wenn die völkische Welt die ganze maßlose Verachtung, die sie für die Horthorn und Genossen empfand, auf die Anhänger des völkischen Gedankens bei uns überträgt. Mitgegangen, mitgefangen.

Die Arbeitslosenfrage im Parlament

Aus der Rede des Genossen Malzahn

Am Donnerstag trat der deutsche Reichstag nach Durcsetzung der dritten Lesung des Entwurfs eines Gesetzes in die Besprechung der Anträge unserer Partei in der Arbeitslosenfrage ein. Die Redner der bürgerlichen Parteien, sowie auch der Reichsarbeitsminister Braun zeigten, daß sie für die Not und das Elend der Arbeitslosen kein Verständnis haben. Die Vertreter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung verteidigten sich in Zwischenrufen zur Verhöhnung der Arbeitslosen. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei, Dr. Waldenhauer, ging sogar so weit, daß er sich den roten Scherz eines Wipplattes zu eigen machte, der einen jungen Mann zu einem Mädchen sagen läßt: „Wir können heiraten, denn ich bin arbeitslos und bezziehe Erwerbslosenunterstützung“. Damit wollte dieser Redner der „Aufbau“-partei sagen, daß für die Arbeitslosen in einer Weise gesorgt ist, die ihnen ein läppiges Leben gestattet.

Genosse Malzahn, der zu diesem Punkte als Vertreter der Unabhängigen Fraktion sprach, ging mit den Rednern der bürgerlichen Parteien hart ins Gericht. Es war ihm ein leichtes, den Nachweis zu erbringen, daß durch die immer größer werdende Not der Arbeitslosen weite Kreise des Volkes dem Untergang geweiht sind und daß der Bankrott der kapitalistischen Gesellschaft jährlich tausende von Proletariatskindern zum Opfer fallen.

Genosse Malzahn zeigte an Hand mehrerer Geschäftsbereiche einzelner Aktiengesellschaften, daß diese Gesellschaften gar nicht daran denken, zur Hebung der Volkswirtschaft und zur Bänderung der allgemeinen Not Bedarfswirtschaft zu treiben, sondern daß sie nach wie vor nur ihr Profitinteresse im Auge haben. Er zeigte weiter, daß die Krieg- und Revolutionsgewinne in der gemäßigten Weise deutsche Güter ins Ausland verschoben haben und die dafür eingehenden Gewinne, insgesamt ca. 50 Milliarden Mark, auf den ausländischen Banken deponiert haben. Er gab der Wiedergutmachungskommission, die demnächst in Genf tagen wird, den Rat, diese 50 Milliarden Mark als erste Rate für die Wiedergutmachung zu nehmen.

Genosse Malzahn ging dann auf die fürchterliche Wohnungsnot, von der besonders die werksfähige Bevölkerung betroffen wird, ein. Allein in Gresh Berlin werden 60 000 Wohnungen benötigt. Die bürgerliche Gesellschaft ruft lautstark: nur Arbeit kann uns retten! Der deutsche Baumarkt liegt völlig darnieder, tausende und aber tausende von Bauarbeitern sind arbeitslos. Das alles nur, weil vom privatkapitalistischen Standpunkt das Bauen von Wohnhäusern nicht möglich ist. Hier zeigt sich die kapitalistische Unfähigkeit in der krassensten Form. Dasselbe trifft auf die Metallindustrie zu. An Hand von Beispielen zeigte Genosse Malzahn, daß z. B. die Firma Stoll, Motorenflug u. G., durch die hohen Preistreiberien den Abschluß ihrer Fabrikate unmöglich machte. Nur dem energischen Eingreifen des Betriebsrates war es zu verdanken, daß die Firma in einer Preislenkung veranlaßt wurde. Dadurch war die Produktion der Arbeiterelation gegeben. Ganz besonders stark sei auch die Arbeitslosigkeit in der Verkehrs- und Automobilindustrie, da durch die bestehenden Verordnungen des Reichswirtschaftsrates bezüglich der Einfuhr und Verteilung der Brennstoffe Unannehmlichkeiten geschaffen worden sind. Wir fordern deshalb die Verstaatlichung und Revision der bestehenden Verträge, die unter Hinweisung der Betriebsräte der genannten Industrien vorzunehmen sind.

In und um Berlin sind namhafte Betriebe, wie die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik, Moabit, und die Staatsbetriebe in Spandau, seit Jahresfrist stillgelegt, trotzdem sie in der Lage wären, tausende von Arbeitern mit der Herstellung von Lokomotiven, Motoren, landwirtschaftlichen Maschinen usw. zu beschäftigen. Wenn nun gesagt wird, daß Lokomotiven keinen Abfall haben, so weise er darauf hin, daß Aufstand vor drei Wochen an Schweden und Norwegen tausend Lokomotiven in Auftrag gegeben hat.

Die Stilllegung der Spandauer Werke ist eine Folge der Unfähigkeit der Betriebsleitung, andererseits besteht aber auch das Interesse, die Reichsbetriebe zugunsten der privatkapitalistischen Produktion zu sabotieren. In diesem Zusammenhang machte Genosse Malzahn auf die Entlassungen aufmerksam, die die Oberpostdirektion in Berlin vorzunehmen beabsichtigt. Die in Berlin beschäftigten 70 000 Postauslastungsleute, die während des Krieges und nach dem Kriege unter den schwierigsten Verhältnissen ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben, sollen jetzt entlassen werden, um „zuverlässigen“ Personen Platz zu machen. Die kapitalistische Gesellschaft und die Regierungsoffiziere hätten vor dem Kriege in dem Beamten der Reichs- und Staatsbetriebe immer ihre härtesten Stützen gesehen und sie seien jetzt einigermaßen entschuldigt, daß ein freier Zug unter diesen Beamten herrscht. Nicht will man wieder durch das Anstellungsverhältnis und durch Gehaltensschneiderei eine Staatsbureaupolitik im Sinne der kapitalistischen Gesellschaft sehen. Genosse Malzahn verlangte, daß die Reichsbetriebe in Arbeiterhänden sich musterhaft betätigen. Das sei besonders in der Entlohnungsfrage bei der Post nicht der Fall. Es werden jetzt noch für verheiratete männliche Personen Tagelöhner von 27,45 M., heruntergehend bei Ledigen bis zu 15,70 M. bezahlt.

Am Schluß seiner Ausführungen betonte Genosse Malzahn, daß die bürgerlichen Parteien zu Propagandazwecken immer die Forderung herausgehoben hätten, man solle die deutschen Kriegsgefangenen herausgeben. Jetzt sind die Gefangenen herausgegeben worden, um in der deutschen kapitalistischen Bankrottwirtschaft zu verhungern und untergehen zu können. Die heimkehrenden Krieger, die in den meisten Fällen nicht gleich arbeitsfähig sind, und auch keine Arbeit finden können, erhalten eine einmalige staatliche Unterstützung von 100 bis höchstens 300 Mark. Hier zeigt es sich, daß die Männer, die von der bürgerlichen Gesellschaft als „zuverlässig“ bezeichnet worden sind, jetzt, nachdem sie Leben, Gesundheit und Familie aufs Spiel gesetzt haben, von dieser Gesellschaft mit laubenden Betteilnehmungen abgewehrt und dem Elend überliefert werden.

Die Bankrottwirtschaft der kapitalistischen Gesellschaft muß aus allen diesen Gründen durch die geschlossene einmütige Kraft und Macht des Proletariats befreit werden, um die sozialistische Wirtschaft einzuführen. Aufgabe der Betriebsräte wird es sein, den kapitalistischen Betrieb und die Produktion zu überwinden, um an Stelle der kapitalistischen Profitwirtschaft die sozialistische Bedarfswirtschaft einzuführen. Nur so könne unsere Volkswirtschaft, könne das deutsche Volk der Gesundung entgegengeführt werden.

Belegung des Landarbeiterkreises in Braunschweig. Zur Belegung des Landarbeiterkreises findet heute mittig unter dem Vorsitz des Demobilisierungskommissars eine Sitzung statt, in der die Vertreter der Arbeiter- und Arbeitergebetungsorganisationen teilnehmen. Da beide Organisationen erklärt haben, daß sie sich dem Spruch dieser Kommission weigern werden, kann damit der Streik als beendet angesehen werden.

Pommern hat wieder Licht. Der Streik auf der Ueberlandzentrale Straß und ist beigelegt. Das Werk arbeitet seit gestern Abend wieder.

Wiedereinsetzung des Oberbürgermeisters von Altona. Bekanntlich ist der Oberbürgermeister Jüch aus Altona vor einigen Monaten vom Amte suspendiert worden. Wie die „Altonaer Zeitung“ berichtet, hat die interalliierte Kommission jetzt die Suspendierung aufgehoben.

Die militärische Lage im Osten

Es ist nach den vierjährigen Erfahrungen des Weltkrieges bekannt, daß die Heeresberichte fast stets Lügenberichte besonderer Art sind. Der Sieger verschweigt oft Tatsachen, auch günstige, damit nicht aus ihnen Folgerungen gezogen werden können, wohin er seinen weiteren, bisweilen veränderten Druck verlegen will; der Geschlagene hat tausend Gründe, um seine Niederlage zu verschleiern. Nach dem polnischen Heeresbericht haben die Russen Kolo no besetzt, bei Ostrolenka und bei Ostrow wird gekämpft. Oberhalb Lykocin (d. h. also bei Bielowostod) dauern die Kämpfe mit den feindlichen Abteilungen, welche auf das südliche Ufer des Narew gelang sind, fort.

Diese Angaben ergeben folgendes Bild: Bei Kolo no sind die Russen, wo sind die Polen? Jedenfalls total verschwunden. Bei Ostrolenka wird gekämpft. Sicher auf dem linken Ufer des Narew und jedenfalls von russischen Abteilungen, die von Kolo no gekommen sind und vom rechten Ufer des Narew aus über Ostrolenka vorgestoßen sind. Es wird nun zu gleicher Zeit bei Ostrow, zirka 40 Kilometer südlich Ostrolenka, gekämpft. Das sind sicher Abteilungen, die von Lomha aus in südlicher Richtung vorgestoßen sind, um den Eisenbahnknotenpunkt Walkin am Bug, an der Bahn Bielowostod—Warschau zu erreichen. Zu gleicher Zeit sind nun auch noch Kämpfe bei Lykocin, d. h. bei Bielowostod, 80 Kilometer nordöstlich Ostrow im Gange.

Ueber Ostrow führt eine Chaussee erster Ordnung von Bielowostod nach Warschau, die Hauptverkehrsstraße des ganzen Flügels der polnischen Nordarmee. Wenn auf der 80 Kilometer langen Straße Lykocin—Ostrow noch bei Lykocin gekämpft wird, so heißt dies mit anderen Worten, daß diese ganze Straße noch voller zurückflutender Truppen steht. Wenn die Russen bei Ostrow sind, stehen sie gleichzeitig auch den Polen bei Ostrolenka im Rücken, also an ein Festhalten von Ostrolenka von Seiten der Polen ist daher schlecht zu denken. Die bei Ostrolenka übergegangenen Russen werden versuchen, in direkt südlicher Richtung auf Wyszakow am Bug vorzustoßen, um Alles abzuschneiden, was sich auf der 40 Kilometer langen Straße der großen Rückzugsstraße Ostrow—Wyszakow noch befindet.

Zielbewußt strebt auf diesem Flügel der russische Führer die Vernichtung der gegnerischen Massen an, die Warschau zustreben. Die Nachfolger Moskows brauchen sich daher um einen Einmarsch von Russen nach Ostpreußen garnicht zu ängstigen. Es zeigt von wenig strategischem Verständnis, wenn der Reichswehrminister Gehler sich nach Ostpreußen bemüht, um dort die militärischen Maßnahmen zur Sicherung Ostpreußens vor den Russen zu beschleunigen. Die paar polnischen Ueberläufer kann auch die Polizei entwaffnen. Mit dem Bolschewiken ist es nicht anders. Das Volk beurteilt die Lage viel richtiger als die Strategen des Herrn Ministers, weil diese dabei zu gern im Trüben fischen möchten. Hoffentlich geht es Herrn Gehler nicht eines Tages wie Herrn Kosze, daß Deutschland vor Tatsachen gestellt wird, die dem Kapp-Putsch gleichen wie ein Ei dem anderen.

Nun zur Lage bei Brest-Litowsk! Es heißt: „Im Bereich von Brest haben die Polen von Kupa bis Puznaki alle bolschewistischen Versuche, den Fluß zu überschreiten, abgewiesen.“ Es fällt den Russen natürlich garnicht ein, dort so fürchtbar auf die Polen zu drücken. Sie überschreiten den Bug weiter nordwestlich um auf Siedlce vorzustoßen und den südlichen Flügel der Nordarmee von Warschau abzuschneiden.

Bei der Südarmee findet zwischen Brest und Lud eine plan-

mäßige Umgruppierung ohne größere Fühlung mit dem Feinde statt, d. h., es geht rückwärts bei den Polen. Die Entscheidung fällt im Norden!

Kritische Lage in Warschau

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Stockholm, 6. August.

Ein Funkpruch aus Moskau unter der Ueberschrift „Vor dem Zusammenbruch“ erklärt: Aus Angst davor, daß in Warschau eine revolutionäre Regierung sich bildet, beabsichtigt die polnische Regierung dort zu bleiben. Sie wartet darauf, bis das polnische Volk sie selbst verjagen wird. Die polnische Regierung zerfällt. Sie ist bemüht, einen Schein von Macht durch gewalttätige Ausschüsse gegen die Kommunisten zu bewahren. Zahlreiche Verhaftungen finden statt. Die Polizei verhindert nicht das Ausschütten der des Bolschewismus verdächtigen Personen in den Straßen. Gleichzeitig melbet der Draht aus Petersburg: Ein Manifest des vorläufigen auf polnischem Boden gebildeten revolutionären Komitees, das durch Marzlewski geführt wird, fordert das Volk auf, das imperialistische Joch abzuschütteln.

Kopenhagen, 6. August.

Nach einem hier eingetroffenen Telegramm melbet der polnische Generalstabsbericht vom 5. August: Die Offensive der Bolschewiken am mittleren Lauf des Serech ist zum Stehen gebracht worden. Die polnische Gegenoffensive entwickelt sich günstig. Bolschewistische Truppen in Galizien, die den Serech überschritten hatten, wurden wieder auf das andere Ufer zurückgeworfen. Brodn ist von den Polen zurückerobert worden. Durch ein neues polnisches Heer, das den Abschnitt zwischen dem Narew und Bug besetzt hielt, wurde der Feind bis über die Grenze des Grodnoer Bezirks zurückgeworfen.

Paris, 6. August.

Havas melbet aus Konstantinopel: Die rote Armee ist von General Wrangel vollständig geschlagen worden und wird von den Truppen Wrangels verfolgt, die große Beute gemacht haben, darunter mehr als 1000 Gefangene, mehrere Panzerzüge und Panzerautos, sowie 150 Maschinengewehre.

Die Lage in Ostpreußen

Dr. Königsberg, 5. August.

Nach Mitteilung des Oberpräsidiums liegen Meldungen aus Mergelbowa vor, wonach an der dortigen Grenze bolschewistische Truppenführer erneut erklärt haben, daß den roten Truppen jede Absicht einer Invasion in Ostpreußen völlig fernliege. An der Grenze des Kreises Diehl sind weder bolschewistische noch litauische Truppen bisher gesichtet worden. Sowohl ist nicht von Russen, sondern von Litauern besetzt.

Der nach Abzug der italienischen Besatzung in Lyda verbliebene Kontrolloffizier Oberst Pio hat die deutschen Behörden ersucht, eine Versammlung der verschiedenen politischen Parteien einzuberufen, um diesen den Schutz der wenigen zurückgebliebenen Italiener zu übertragen. Zwei aus Allenstein eintreffende englische Offiziere, Major Powell und Oberst Erighton, äußerten sich dahin, daß aller Wahrscheinlichkeit nach noch im Laufe dieser Woche die Kontrolloffiziere ihre Abberufung erhalten würden. Sie gaben ferner der Meinung Ausdruck, daß schon in aller nächster Zeit der allgemeine Befehl zur Zurückziehung der Besatzungstruppen erteilt werden dürfte.

ringeren Kohlenförderung, sondern auch der schlechten Verteilung. Dies sei nicht nur bei der Kohle so, sondern auch auf jedem andern wichtigen Rohstoffgebiet. Eine gerechte internationale Ueberweisung könne vieles ausgleichen.

Der Leiter des internationalen Arbeitsamtes Thomas dankte für das Vertrauen des Kongresses und sprach die Hoffnung aus, daß die in Frage kommenden Regierungen sich nicht der Rücksicht dieses Vorschlages verschließen werden. Die Resolution hat auf Einrichtung eines internationalen Kohlenbureaus wurde dem internationalen Komitee zu entsprechender Weitergabe überwiesen.

Erregte Szenen im Unterhaus

Das irische Problem

London, 6. August.

Bei der Beratung der Vorlage über die außerordentlichen Gerichtshöfe für Irland kam es gestern im Unterhause zu erregten Szenen. Asquith, der vielfach durch Zurufe unterbrochen wurde, griff die Vorlage scharf an und sagte: Die Regierung gebraucht eine Cromwellsche Maßnahme, ohne einen Cromwell zu haben. Das Schreckgespenst einer irischen Republik könne ihm keine Furcht einflößen. Wenn Home rule eingeführt werde, so werde Irland sich hüten, sich durch Austritt aus dem britischen Reiche selbst zu schwächen.

Lloyd George erwiderte den Angriff seines früheren Kollegen mit gleicher Schärfe. Er fragte, wie denn die Lage in Irland gewesen sei, als er — Cromwell-Asquith — die Fägel der Regierung geführt habe. Asquith habe behauptet, im Jahre 1918 sei die Stimmung in Irland viel besser gewesen. Im Jahre 1918, sagte Lloyd George, bestand in Irland ein Heer von 150 000, das verächtliche Unterhandlungen mit den Deutschen führte, um im Augenblick der größten Gefahr England in den Rücken zu fallen. England sei bereit, Opfer zu bringen. Aber eine Einigung mit dem irischen Volke werde erst möglich sein, wenn es auf übertriebene Forderungen verzichte. Im Augenblick sei keine Aussicht auf Verständigung.

Die Aufgabe des Völkerbundes

Br. Paris, 6. August.

Die Aufgabe der Kommission des Völkerbundes, die jetzt zusammengetreten ist, umfaßt u. a. die Feststellung neuer Regelungen für die Armeen der Staaten, die zu dem Bunde zugelassen worden sind und die Vorbereitung von Plänen zur Einschränkung der Bewaffnung. Auch wird Bericht erstattet werden über die Frage der Truppen, die der Bund von den Mitgliedern fordern darf, um die Durchführung seiner Befehle zu sichern. Der Bund wird die Aufsicht über den Handel in Waffen und Munition regeln. Man erwartet, daß die Kommission zwei Wochen verjammelt sein wird. Der italienische Delegierte hat dem Rat Bericht erstattet über die vorbereitenden Maßnahmen zur eventuellen Durchführung einer internationalen wirtschaftlichen und finanziellen Blockade. Er hat dabei vorgeschlagen, daß der Rat diese Frage auf die Tagesordnung der Versammlung des Völkerbundes in Genf am 15. November bringen soll. Der italienische Delegierte hat weiter vorgeschlagen, eine allgemeine Blockadekommission zu ernennen. Auf Vorschlag der spanischen Delegierten hat der Völkerbundrat beschlossen, den Entwurf für die Blockade einer internationalen Konferenz für Handel und Verkehr vorzulegen.

Schließung der Frachttarife in Amerika. Aus New York wird gemeldet: Es heißt, daß das Schiffsahrtsamt neue Frachttarife für den ihm unterstehenden Schiffsraum vorschlägt. Die Sätze werden beträchtlich niedriger ausfallen als die bestehenden. Leitende Persönlichkeiten der Reederei er-

klären, die Raten müssen unter allen Umständen erniedrigt werden, da die Folge des momentanen Zustandes die ist, daß keine Aufträge mehr gebucht werden.

Kongress der deutschböhmischen Gewerkschaften. Ende Juli fand in Teplich-Tule der erste Kongress der deutschen Gewerkschaften in der Tschechoslowakei statt. Es wurde beschlossen, vom Internationalen Gewerkschaftsverband Anerkennung der Selbständigkeit zu verlangen, mit den tschechischen Gewerkschaften aber in engerer Fühlung zu bleiben und einen gemeinschaftlichen Ausschuss beider Organisationen vorzuschlagen. Die deutschen Gewerkschaften Tschechiens haben jetzt über 35 000 Mitglieder, d. i. dreimal soviel wie im alten Oesterreich. Ueber den radikalen Geist der neuen Genossen wurde lebhaft Klage geführt, von Seiten der alten Mitglieder und von Seiten des Delegierten aus dem Reich, Umbreit-Lerlin!

Betriebsräte

Richtigstellung

In der „Kölnen Fährne“ Nr. 149 vom Freitag, den 6. August, steht ein Bericht über eine Sitzung der Neudorfliner Betriebsräte, in dem ausgeführt wird, daß ich es abgelehnt hätte, in der damaligen Erwerbslosenfrage mich mit den Erwerbslosenräten zusammen an einen Tisch zu setzen. Hierzu ist folgendes festzustellen:

Zu der von der Gewerkschaftskommission anberaumten Sitzung war ein Vertreter der Betriebsorganisation eingeladen erschienen, der sich nicht als Erwerbslosenrat, sondern als direkter Vertreter der Betriebsorganisation vorstellte. Daraufhin erklärte ich, daß ich selbstverständlich mit einem Vertreter der Betriebsorganisation, deren Aufgabe es ist die Gewerkschaften zu zertrümmern, nicht an einem Tisch sitzen könne, da mir sonst meine Auftraggeber schon auf den Kopf kommen würden. Dieses machte ich dem Vertreter klar und erklärte, daß ich die Sitzung in einem anderen Zimmer stattfinden lassen würde, wenn sich derselbe nicht entferne. Es ist ein besonderer Gelächter, wenn ein Vertreter der Betriebsorganisation sich in eine Sitzung einschleibt und dieselbe nicht nach Aufforderung verläßt. In der Sitzung selbst formulierte der Genosse Hedert von der R. B. D. eine Anfrage an den betreffenden Vertreter, ob er gewillt sei, dahin zu wirken, daß seine Organisation bei dieser Demonstration sich im Rahmen des noch zu Beschließenden halten würde, dann wäre er nicht abgeneigt, ihn an der Sitzung teilnehmen zu lassen. Daraufhin erklärte der Vertreter, daß er es ablehne, eine Antwort hierauf zu geben. Nach diesem Vorkommnis erklärten sämtliche Anwesenden, daß sie nunmehr einsehen, daß mit einem Vertreter der Betriebsorganisation kein Verhandeln sei. Aus diesem Anlaß ist in einer der in der vorigen Woche stattgefundenen Arbeitslosenversammlungen von einem Arbeitslosenrat in die Öffentlichkeit gebracht worden, ich hätte es abgelehnt, mich mit den Erwerbslosenräten an einen Tisch zu setzen. Ich dieses nicht der Fall war, bitte hiermit Klarstellung sein. Aber wenn sachliche Gründe zur Bekämpfung einer Organisationsform oder Person fehlen muß der persönliche Kampf helfen, um dadurch die Arbeitermassen von den eigentlichen Zielen abzulenken und sie für ihre eigenen persönlichen egoistischen Interessen dienstbar zu machen. Carl Bollmerhaus.

Die Kollage der Arbeiter und Angestellten in den graphischen Betrieben. Die Betriebsräte der graphischen Industrie waren am Donnerstag im Graphischen Vereinshaus, Alexandrinenstraße, verammelt, um zur Kollage der Arbeiter und Angestellten in ihrer Industrie Stellung zu nehmen. In einem einleitenden Referat schilderte Nauvalat den Ernst der Lage, in die die Arbeiter und Angestellten durch die Stilllegung und Einschränkung einer Reihe graphischer Betriebe durch den Rückgang der Anstaltsarten-Fabrikation usw. geraten sind. Seine Ausführungen belegte Fleener mit reichem Material, das er aus dem gegenwärtigen Stande der Industrie entnommen hatte. Daraus ergab sich, daß die Kollage der Arbeiter u. Angestellten bereits einen erschreckend hohen Grad erreicht hat und daß die Aussichten für die Zukunft geradezu trostlos zu werden drohen. Ganz besonders wurde darauf hingewiesen, daß durch die Erhöhung der Vorkasse die Anstaltsartenindustrie geradezu einen Todesstoß erlitten hat. Sowohl vom Referenten, wie von allen nachfolgenden Diskussionsrednern wurde dringend gefordert, so schnell wie möglich Schritte zu tun, daß der Kollage der Industrie gesteuert wird.

Nach Annahme einer Resolution wurde eine Kommission beauftragt, sofort mit allen Gewerkschaftsorganisationen und mit der proletarischen Betriebsrätezentrale in Verbindung zu treten, um einen gemeinschaftlichen Schritt bei allen zuständigen Regierungsstellen einzuleiten. Die Kommission soll sich jedoch nicht nur darauf beschränken, die Entschlebung mit entsprechender Begründung schriftlich den Regierungsstellen zu überreichen, sondern das dringende Verlangen zu stellen, daß auch eine Deputation zur mündlichen Begründung empfangen wird.

Gewerkschaftliches

Gegen die Betriebsorganisation

Die am 2. August tagende Vollversammlung der Räte- und Gewerkschaftskommission des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg beschäftigte sich eingehend mit der Frage der Betriebsorganisation. In einem ausführlichen Referat kam Gen. Fiska zu einer scharfen Würdigung dieser Organisationsform, die lediglich die Arbeiterschaft zersplittert und somit zur Unmacht verurteilt. Nach Aussprache wurde folgende Entschluß angenommen:

Die am 2. August tagende Vollversammlung der Räte- und Gewerkschaftskommission wendet sich mit aller Schärfe gegen die Betriebsorganisation, welche der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung den schwersten Schaden zufügt. Die Gesamtaktion der geschlossenen Front der Arbeiterschaft, zusammengesetzt zu Industrieverbänden, die stärkste Waffe zum Kampf für den Sozialismus sein kann. Die Versammlung fordert von allen Parteigenossen die Unterstützung im Kampf gegen alle feindlichen und Harmonieverbände.

Vor dem Schlichtungsausschuss Groß-Berlin fand gestern Verhandlung in der Beschwerdebüchse der Angestellten der Jüdischen Gemeinde gegen den Vorstand der Jüdischen Gemeinde wegen Einführung der Besoldungsordnung des Magistrats für die Angestellten der Jüdischen Gemeinde statt. Es wurde folgender gestellten Antrag der Jüdischen Gemeinde gestellt: Die Sonderkommission des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin hat einstimmig den Beschluß gefaßt, die Verhandlung über die Beschwerde der Arbeitnehmerschaft der Jüdischen Gemeinde gegen den Vorstand der Jüdischen Gemeinde zu verlagern meinde gegen den Vorstand der Jüdischen Gemeinde zu verlagern und dem Gemeindevorstand aufzugeben, bis zum 17. d. Mts. mit dem inwischen gewählten Betriebsrat über das Gehaltsabkommen zu verhandeln. Ein Streitpunkt sollten dann vor dem Schlichtungsausschuss entschieden werden.

Frucht- und Wästelarbeiter. Die Liste der 24 Lebensmittelempfänger hängt in unserem Bureau, Rudolfstraße 10, aus. Einwendungen dagegen können innerhalb drei Tagen erhoben werden, wonach die Verteilung der Lebensmittel vorgenommen wird.

Munitionslieferanten. Wie Kollegen und Kameraden, welche am 25. 8. 19 anrufen werden, werden ersucht, sich zu melden, wenn Kaufkraft, Einkaufspreise mäßigend, Kaufkraft wird erstellt leben leben von 6-8 Uhr, unter Sonntag, die Dienstag, den 10. August 1930, im Lokal von Schaefer, Bernauer Str., 10, Ecke Spandauer.

K. G. S. Genossenschaft. Diejenigen Kollegen, welche nach Abschluß des Monatsberichts 1930 arbeiten, wollen sich nach Möglichkeit einer Delegation am Montag, den 6. August, vormittags 10 Uhr, im früheren Betriebsrat, Catheriner Straße, einstellen, ohne ihre Absicht an Kollegen Alfred Pöhl, K., Nr. 129, gelangen lassen.

Gegen das Zuchtengesetz

Die Betriebsräte Essens haben am 4. 8. eine außerordentlich wichtige Besprechung gehabt, in der sie Stellung zu den Betriebsrätefragen, auch zu dem Entwaffnungsgesetz genommen haben. Sie haben dazu folgende Resolution angenommen:

„Die am 4. August im Nordpark Essens überaus zahlreich versammelten Betriebsräte Essens erheben allerhöchsten Protest gegen das unter dem Deckmantel der Ausführungen der Beschlüsse von Spa in Entschleunigung begriffene Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterschaft, das man Gesetz zur Entwaffnung der Bevölkerung nennt. Unter der Vorgabe, Waffen zu suchen, die bei der Arbeiterschaft nicht vorhanden sind, wird mit diesem Gesetz der Revolution ein neues Instrument in die Hände gegeben, das dazu dienen wird, die Arbeiterschaft mit neuen Bedrohungen heimzusuchen. Die Betriebsräte Essens kündigen den schärfsten Widerstand an, wenn der Reichstag für sich nicht genug sein sollte, und das Gesetz in der vorliegenden Form vermittellos würde.“

Spiegelmasche?

Th. Chemnitz, 6. August.

Die „Chemnitzer Neuesten Nachrichten“ bringen in ihrer heutigen Ausgabe folgende amtliche Meldung: „Heute nachmittags 1/2 5 Uhr, plant die kommunistische Partei Deutschlands auf dem hiesigen Königsplatz große Demonstrationen, in denen gegen die Entwaffnung der Arbeiter protestiert und für eine Entwaffnung der Bourgeoisie eingetreten werden soll. In den Fabriken und größeren Betrieben wurde bereits heute Vormittag von Vertrauensleuten der R. B. D. durch Flugblätter starke Propaganda in die, dem Sinne für die Demonstrationen gemacht.“

Wenn man auch bisher annehmen konnte, daß diese Demonstrationen sich in dem Rahmen des Herkömmlichen halten würden, so sind doch jetzt an amtlicher Stelle Bedenken aufgetaucht. Es haben sich Verdachtsmomente ergeben, daß die Demonstrationen unter Putschabsichten arrangiert werden. In der vergangenen Nacht gelang es der Landesicherheitspolizei nämlich zwischen Ebersbrunn und Zwickau ein mit 12 bewaffneten Personen besetztes Automobil festzuhalten. In dem Automobil wurde eine große Anzahl von Flugblättern ausgefunden, die offenbar bei den Demonstrationen zur Verteilung gelangen und zum Putsch veranlassen sollten. In den Plakaten wurde gefordert: „Nieder mit der Regierung, Bewaffnung des Proletariats, Ausrufung der Räterepublik usw.“ Unterschriften waren sie von dem roten Bolschewisten.

Die ganze Aufmachung der amtlichen Meldung erinnert an die sattem bekannte Manier, durch Schauermarken die öffentliche Meinung gegen die Arbeiter aufzupumpfen. Sollte es sich tatsächlich in Chemnitz um irgend welche Putschpläne mit der Absicht der Ausrufung der Räterepublik handeln, so können nur Spiegel oder ein Häuflein politischer Karren ihre Hände im Spiele haben, denen allerdings im Interesse der Arbeiterbewegung das Handwerk gelegt werden müßte.

Bergarbeitertag in Genf

Genf, 6. August.

Der internationalisierte Bergarbeitertag findet heute vormittags keine letzte Sitzung ab. Auf Vorschlag der englischen Delegation wurde die Errichtung eines permanenten internationalen Generalsekretariats beschlossen. Huc (Deutschland) begründete eine Resolution, die die Verteilung der Kohle und anderer Rohstoffe auf internationale Wege regelt und mit dieser Aufgabe das internationale Arbeitsamt beauftragt. Die internationale Kohlenlei sei nicht nur eine Folge der ge-

...

Zur Charakteristik des Krieges mit Polen*)

Von Karl Radek

III

Vor welche Fragen stellt uns der komplizierte Charakter des Krieges, der uns aufgezwungen wird und den wir mit voller Energie zu Ende führen müssen? Vom taktischen Standpunkt aus müssen wir vor allem zwei Fehler zu vermeiden suchen. Wir dürfen den russischen Chauvinismus, den wir gegen alles polnische nicht schüren. Wir führen nicht nur keinen Krieg gegen das polnische Volk, wir sind nicht nur vollkommen solidarisch mit der polnischen Arbeiterklasse, der wir einen ungeheuren Dienst erweisen, wenn wir die Truppen des weißgardistischen Polens in alle Winde schlagen, sondern wir appellieren auch an die Solidarität des polnischen Proletariats, wir sagen ihm zu beweisen, daß es in seinem Interesse liegt, uns durch Aufstände hinter der Front zu unterstützen. Wir müssen dem polnischen Proletariat beweisen, daß Sowjetrußland nicht nur die Errungenschaften der russischen Revolution, den Grund und Boden und die Fabriken, die proletarische Macht der russischen Arbeiter verteidigt, sondern daß es zur Stütze der Weltrevolution geworden ist, daß das polnische Proletariat, wenn es die Sowjetregierung zum Nachbar hat, im Moment eines Aufstandes zehnmal stärker wird, als wenn es in Rußland keine starke Arbeitermacht gäbe. Besteht tatsächlich die Gefahr, daß dieser Grundcharakter unserer Agitation dadurch vernichtet wird, wenn wir gleichzeitig unterstreichen, daß dieser Krieg der Krieg um die Unabhängigkeit Rußlands ist, daß wir in diesem Krieg die Kräfte aller in Anspruch nehmen, die uns zu Hilfe kommen, nicht weil wir die Sowjetmacht und den Kommunismus verteidigen, sondern weil wir die Unabhängigkeit Rußlands schützen? Wer das behauptet, der unterschätzt unsere Kraft. Wir sind die herrschende Partei, in unsern Händen liegt die Regierungsgewalt, die Presse, die Propaganda an und hinter der Front, wir sind die einzige Macht mit einer einheitlichen Ideologie, wir sind die Vertreter der allgemeinen Interessen des werktätigen Volkes Rußlands und wir haben keine Grund, zu befürchten, daß wir nicht imstande sein werden, alle auszunutzen, die uns helfen wollen, ohne daß diese Leute uns ihre Ideologie aufzwingen. So zu glauben wäre lächerlich und unwürdig. Was haben wir zu befürchten? — Daß in unserer Seele die alten nationalistischen Instinkte erwachen, daß die Welle des Nationalismus uns von innen heraus überflutet? In unseren Reihen befinden sich Leute bürgerlicher und adeliger Herkunft, in denen nationalistische Vorurteile wieder erwachen könnten, aber in ihre Weisheit, was unserer starken proletarischen Partei seit jeher aller Chauvinismus nichts zu befürchten.

Uns droht eine andere Gefahr, die darin besteht, daß wir in diesem schweren Kampf, der uns bedroht, nicht imstande sein werden, alle gesunden patriotischen Instinkte genügend auszunutzen, die in den Volksmassen Rußlands und den breiten Klassen der Intelligenz leben, die uns bisher nicht aus sozialen Gründen feindselig gegenüberstanden, sondern weil sie uns für Elemente der Zersetzung des russischen Volkes betrachtete. Der Bauer war kein Patriot, solange er sich unter dem Joch, in vollständiger Rechtlosigkeit befand. Die Revolution hat ihm den Grund und Boden gegeben, der Bauer fühlt jetzt, daß der Boden ihm gehört, daß er sich das Recht auf Patriotismus erkämpft hat und er muß die Pflicht fühlen, seinen Boden zu verteidigen. Es ist schwerer, ihn im Namen der internationalen Aufgaben der russischen Revolution in den Kampf zu schicken, als im Namen seiner nächsten patriotischen Aufgabe. Wir wären die letzten polnischen Dummköpfe, wenn wir Angst hätten, ihm zu sagen: „Du hast den Grund und Boden, du bist verpflichtet, ihn zu verteidigen“; wenn wir versuchen würden, ihn ausschließlich unter der Lupe der Solidarität mit dem ihm wenig bekannten polnischen Arbeiter oder weißrussischen Bauer zu mobilisieren. Der russische Arbeiter war vollkommen bewußt antipatriotisch gestimmt, als die Bourgeoisie am Ruder stand und als Patriotismus gleichbedeutend war mit der Opferung der Arbeiterklasse im Interesse der Bourgeoisie, aber er ist verpflichtet, patriotisch zu sein, wenn er die Macht in Händen hält, wenn er Führer des russischen Volkes und für sein Schicksal verantwortlich ist. Der russische Arbeiter ist Internationalist, aber in diesem Kriege stehen zwischen unserer patriotischen und unserer international-

nischen Aufgabe kein Unterschied und kein Widerspruch. Alle Arbeiter der ganzen Welt müssen sehr russische Patrioten sein, denn Rußland ist das einzige Land, in der die Arbeiterklasse die Macht in den Händen hat. Sollen wir darauf verzichten, das proletarische Gefühl eines Teils der Intelligenz und der Offiziere, die mit uns arbeiten wollen, anzunehmen? Wenn wir das täten, würden wir beweisen, daß wir die Rolle einer Arbeiterregierung, der Rolle eines Führers in der Revolution nicht gewachsen sind. Jede Revolution fordert von den führenden Klassen das Verständnis für Ausnützung der Kräfte der anderen Klassen, die ihnen unterstellt sind, diese Kräfte zu verwenden, bedeutet nicht nur, sie durch Zwang zu kommandieren, sondern auch sie ideell zu beeinflussen, an ihre Gefühle und Stimmungen zu appellieren.

Die Arbeiterklasse ist herrschend im russischen Volk. Sie hat die Macht der bürgerlichen Konterrevolution gebrochen, sie ist verpflichtet, die kleinbürgerlichen Schichten der Bevölkerung mit sich in den Kampf zu ziehen und alles auszunutzen, was der Weltrevolution nur irgend dienen kann. Sie dient der internationalen Revolution, indem sie die Einheit und Unabhängigkeit des Landes verteidigt, sie kann patriotisch sein, denn ihr Land ist das erste Land des siegreichen Weltproletariats.

IV

Betrachtet man die ideelle Seite des russisch-polnischen Krieges, so unterliegt es keinem Zweifel, daß das ungeheure moralische Uebergewicht auf unserer Seite liegt. Wie müde die Rote Armee auch sein mag, und wie berechtigt ihr Wunsch nach Frieden auch ist, sie ist die Armee des Bauerntums, an deren Spitze Arbeiter stehen, sie ist eine Armee, die wir im Interesse der Arbeiter und Bauern organisiert haben, und die für die Interessen Sowjetrußlands zu kämpfen versteht. Sie ist eine Armee, in der es keine Klassengegensätze gibt, in der die Soldaten nicht das Gefühl haben, daß sie für eine fremde Sache kämpfen. Die polnische Armee besteht hauptsächlich aus denjenigen Bauern, denen die polnischen Grundbesitzer keinen Boden geben wollten, obgleich der polnische Landtag beschlossen hatte, den Grund und Boden der Großgrundbesitzer, der mehr als 200 Hektar beträgt, zu verteilen. Aber selbst dieses halbe Gesetz ist bis zum heutigen Tage nicht durchgeführt. In Polen hat der Bauer noch den Grundbesitzer auf dem Hals und er haßt ihn aus ganzer Seele. Außerdem dienen in der polnischen Armee noch Landarbeiter, die in Landarbeiterverbänden organisiert sind und überall in Polen einen energischen Kampf führen. In der polnischen Armee dienen ferner Arbeiter, die die polnische Regierung als ihren Feind betrachten. Arbeiter, gegen die die Regierung mit der Waffe in der Hand kämpft und mit denen sie alle Gefängnisse Polens füllt. Die Entente vergibt die Lehren, die ihr der Krieg Denikin gegen uns gegeben hat, wenn sie auf den polnischen Angriff rechnet. Im Jahre 1919 wollte sie gegen Sowjetrußland eine Front schaffen, die uns von allen Seiten eingeschlossen hätte, und an dieser Front sollten die Polen die Hauptrolle spielen. Warum sind aber die Polen nicht gegen Sowjetrußland vorgegangen, als Denikin bei Orel stand? Wenn die Polen gegen uns vorgegangen wären, zu der Zeit, als Denikin 6 Werst vor Petrosgrad und Denikin bei Orel stand, wenn in diesem Moment die Polen Smolensk, Polotsk, Witebsk besetzt hätten, und weiter auf Moskau marschiert wären, so wären wir vielleicht besiegt worden. Warum sind die Polen damals nicht Denikin zu Hilfe gekommen? Es unterliegt keinem Zweifel, daß sie genug konterrevolutionäre Sympathie für Denikin hatten. Sie haben es nicht getan, weil sie wußten, daß die weißen Generäle, wenn sie an die Macht gelangt sein würden, Polen wieder erobern würden und dann einen Krieg nach allen Seiten hin beginnen müßten, um das Volk mit großen Siegen zu belohnen. Und die Polen, die damals mit den Waffen in der Hand dastanden, knüpften mit uns geheime Verhandlungen an und erklärten, daß sie eine bestimmte Grenze nicht überschreiten würden. Wie steht es jetzt? Wir haben den Brief, den der Oberkommandierende A. A. Brussilow an die Sowjetregierung gerichtet hat, gelesen. Daß Brussilow kein Kommunist ist, weiß jeder, Brussilow, der in seinem Brief unterstreicht, daß das Land, welches die Polen fordern, von jeher „rechtgläubig“ gewesen sei, hat sicher, was soziale Weltanschauung andrückt, nichts mit Sowjetrußland gemein. Warum also ist Brussilow in unseren Dienst getreten? Derselbe Brussilow, der während unseres Kampfes gegen Denikin gar nicht daran dachte, auf unserer Seite zu kämpfen. Es ist klar, daß in dem Moment, wo die Entente die polnischen weißen Garden auf die Karte stellte, sie die russischen weißen Garden den Rücken stützte. Die Sowjetregierung, die die Einheit und Unabhängigkeit des Gebietes, auf dem Russen wohnen, verteidigt, ist dagegen für die christlichen weißgardistischen Regimenter, eine Regierung, die die Unabhängigkeit Rußlands schützt.

Es ist möglich, daß General Brussilow hofft, später mit uns fertig zu werden, es ist möglich, daß all die Generäle, die heute mit uns sind, Hintergedanken haben, aber es ist selbstverständlich, daß diese Leute, wenn sie ehrlich sind, jetzt nicht zu der Entente gehen können, denn sie haben das Banner des Aufstandes gegen uns nicht nur im Namen der Bourgeoisie und der Junkerherrschaft in Rußland erhoben, sondern auch im Namen des russischen Nationalismus. Und die Entente, die uns bis dahin als eine kleine Hand voll Menschen betrachtete, die die Macht erobert hatten, verhält uns jetzt dazu, ein Zentrum zu werden, um das sich alle Elemente sammeln werden, die die Unabhängigkeit Rußlands verteidigen wollen. Die Rechten Sozialrevolutionäre brandmarkten in ihrem Brief an das Zentral-Exekutivkomitee, der noch vollständig veröffentlicht werden soll, einen Sawinoff und Burzew als Verräter, sie sagen der Entente und Polen, daß sie auf die Hoffnung der „Demokratie“ nicht bauen sollten, diese „Demokratie“ erklärt, daß sie bereit sei, gegen den polnischen Ueberfall zu kämpfen. Was bedeutet das? Das bedeutet eine große Erstarrung. Zweitens gibt es viel konterrevolutionäre Elemente, die bereit sind, Rußland auch an Polen zu verkaufen. Ja, es gibt noch solche Elemente! Immer wenn ein Bürgerkrieg besteht, gibt es Konterrevolutionäre, die Verräter üben. Ihr wißt, daß Publizisten der Rabotnikpartei, wie Filozatow und Merschlowski Polen offen erklärt haben: „Kommt nach Moskau, man wird euch dort mit Brot und Salz empfangen.“ Aber mit solchen Lumpen kann eine Armee nicht aufgebaut werden. Denikin, Koltshak und Judenitsch konnten sich nur darum solange halten, weil sie eine Menge aufrichtig patriotisch gesonnener christlicher junger Leute um sich gesammelt hatten, die gegen uns kämpften im Glauben, eine gute Sache zu verteidigen. Wenn die Entente die christlichen konterrevolutionären Elemente, die wir mit der notwendigen Vorsicht empfangen, aber denen wir gestatten werden, am Kampf gegen Polen teilzunehmen, in unser Lager führt, für sich und Polen aber nur die Geschäftspatrioten behalten wird, so werden Polen und die Entente Millionen und aber Millionen dafür zahlen müssen, uns aber keinen Schaden zufügen, denn die Geschäftspatrioten sind uns nicht gefährlich, sie liegen lieber hinter der Front, als an der Front. Die Entente, die auf den polnischen Krieg rechnet, kann nur dazu beitragen, daß wir eine bedeutende Zahl von Fachleuten gewinnen, die die Rote Armee stärken. Wir werden ihr dafür dankbar sein, denn Fachleute können wir für den Krieg gut gebrauchen. . . .

V

Welche Ziele verfolgen wir in diesem Krieg? Die Sowjetregierung war stets zu Zugeständnissen Polen gegenüber bereit. Die Sowjetregierung, die selbst mit den weißgardistischen Polen in Frieden leben wollte, wußte, daß man mit Räubern keinen christlichen Frieden abschließen kann, daß ein Räuber erst von einem christlichen Frieden spricht, wenn er auf dem Boden liegt und wenn derjenige, den er ausplündern wollte, ihm keine Krone auf die Brust gesteckt hat. Dann sagt er: „Du willst einen unbewaffneten Menschen töten?“ Der deutsche Imperialismus, der uns ausplünderte, sprach in Versailles von einem christlichen Frieden. Wir mit Polen Frieden schließen wollten, waren wir bereit, ihm einen Teil des weißrussischen Gebietes, vielleicht sogar einen Teil Weißrußlands abzutreten. Das taten wir, weil wir wußten, daß in Polen die revolutionäre Bewegung der Arbeiter im Wachsen begriffen ist, daß sie in Polen vielleicht in einem halben oder in einem ganzen Jahr die Macht erobern, die Bauern in Litauen und Weißrußland befreien werden. Wir schonten das Blut der Arbeiter und Bauern Rußlands und der Ukraine und schätzten gleichzeitig damit auch vor Zerstörung alles, was die Bauern in Litauen und Weißrußland noch besitzen. Jetzt hat Sowjetrußland nur ein Ziel — das Sowjetgebiet vor dem polnischen Ueberfall zu schützen. Wir führen einen Verteidigungskrieg im vollen Sinne dieses Wortes. Wir stellen in diesem Moment keine offizielle Forderung auf, wir sagen nicht, daß wir nur mit einem Sowjetpolen, nur mit einem Arbeiter- und Bauernpolen Frieden machen werden, denn wenn unsere Siege die polnischen Weißgardisten zwingen werden, mit uns Frieden zu schließen — jetzt natürlich schon unter anderen Bedingungen, als es im März möglich war —, so werden wir auf diesen Frieden eingehen, um zu unserer Arbeit zurückzukehren. Wenn aber die polnische weißgardistische Regierung uns einen Krieg bis zum Ende aufzwingen will, so wird dieser Krieg, je mehr Opfer er unter den Volksmassen Polens fordert, dazu beitragen, daß die polnischen Arbeiter sagen werden: „Man muß die verbrecherische Clique der polnischen Grundbesitzer und Kapitalisten bestrafen, die mit Sowjetrußland nicht in Frieden leben wollten.“ Wenn das weißgardistische Polen kein friedlicher Nachbar Sowjet-

*) Siehe auch „Freiheit“ Nr. 298. Infolge Raummangels können wir den Schluß des Artikels erst heute dringen.

Die schwere Stunde

Roman

Victor Panin

Nach dem Essen heimgekehrt, nehme ich den in den Pelz gehüllten Wowa in mein Kabinett, hole dorthin das für mich übriggelassene Stüchlein Brot und die kalt gewordene Suppe, schließe die Tür zu, damit niemand hineinkommt, und esse Wowa zu essen.

Anfangs bereitet es mir eine ganz besondere Freude, die Seele wird mit einer leisen Nüchternheit erfüllt. Als aber Wowa am zweiten Tage mein Stüchlein Brot isst, schließe ich die Augen, um sein Rauchen nicht zu sehen. Am dritten Tage des vollkommenen Hungers kann ich die Nähe und den Geruch des Brotes nicht vertragen. Ich öffne ein wenig den Pelz, befreie Womas Hände, gebe ihm mein Stüchlein Brot.

„Ja“, sage ich zu ihm und trete selbst weiter zum Fenster, stütze mich mit dem Ellenbogen auf das Fensterbrett und halte meinen Kopf mit den Händen, es schwindelt mir.

Und . . . Oh Schreden! . . . ich ertappe mich auf dem Gedanken, daß in diesem Augenblick Wowa mir fremd wird. . . . ein kaum bewußter Wurm des Mergers, der Bosheit gegen ihn regt sich in meiner Brust. Aber ich beiße die Zähne zusammen und sage mir: Schäm dich! Bist du wirklich fähig, so tief zu fallen! Ich fühle starke Schmerzen im Magen, die Füße zittern und ich sehe mich hastig, um nicht zu fallen.

„Aber wie wäre es, wenn die Engel aus die Dächer fliegen würden? Sie brauchen ja gar nicht auf dem Schnees zu gehen, sie könnten ja am Himmel entfang fliegen? . . .“

„Auch dort ist es kalt, mein Junge, die Flügel würden erfrieren!“

„Es geht also nicht, Väterchen?“ sagt er traurig.

„Es geht nicht“, murmle ich dumpf.

„Es tritt ein minutenlanges Schweigen ein.“

„Papachen, aber wenn die Sonne kommt, glaubst du, daß man dann auch Brot bringen wird?“

„Ja, mein Lieber!“

„Dann werde ich essen, Väterchen“, sagt er, mich mit freudestrahlenden Augen anblickend.

„Väterchen, gibt es im Reich der Märchen auch Milch?“

„Ja, das gibt es, viel, viel Milch!“

„Warum sollten wir nicht zusammen ins Reich der Märchen gehen?“

Ich schweige.

„Glaubst Du, weil wir keine Flügel haben, Papachen?“

Ich schweige.

„Ja, wir haben keine Flügel, Väterchen!“ sagt Wowa und seufzt tief und lange dabei.

Es kommt mir vor, als hörten sich mir tausende von spitzen Nadeln in das Herz. Ich möchte schreien, heulen wie ein tödlich verwundetes Tier, ich möchte davonlaufen, ohne mich umzusehen, weit, weit weg, wo es weder Gedanken an Brot und Hunger, noch Womas Seufzer gibt. . . .

Er aber sitzt auf meinen Knien, wie soll ich ihn denn verlassen, wohin soll ich gehen? . . . Er tut einem so leid, ein so schwacher, hilfloser Kleiner. . . . ein so unendlicher Bleber, gerade seiner Schwäche und Hilflosigkeit wegen. . . .

Ich laufe nicht weg, ich beiße mir bloß stark bis aufs Blut in die Lippe, um nicht aufzuschreien, um Wowa nicht zu erschrecken.

Von Zeit zu Zeit fühle ich eine unendliche Schwäche im ganzen Körper. Mit einer tierischen Gier möchte ich essen, und ich ertappe mich oft bei der Sünde, daß ich bei geschlossenen Augen stundenlang nur an Essen denke. Ich tuße mir Eispöden aus unserer früheren futuristischen Leben ins Gedächtnis zurück, obwohl es ein Unsin ist, es vergrößert nur noch den Appetit.

Oft fühle ich jetzt im Kopf einen schrecklichen Lärm, es wird

mir dunkel vor den Augen, die Füße bebden. Der Kopf schwindelt mir, und der ganze Körper bedeckt sich mit einem klebrigen Schweiß. Danach tritt eine völlige Abtaumpfung ein, im Kopfe habe ich keinen einzigen Gedanken. Ich fühle, wie die einzelnen Teile meines Körpers schmerzen, und ich habe die Illusion, daß mein Körper auseinanderfallen muß, aber mir ist es gleichgültig. Ich höre auf, auf die Umgebung zu reagieren.

Des Nachts erwache ich häufig von schrecklichen Träumen. Ich sehe mich im Bett auf und lebe in der Dunkelheit vor mir eine Anzahl im Finstern hüpfende Funken, deren grünlich feurigen Schein, wie mir scheint, schon das ganze Zimmer mit einem unheilvollen, hungrigen Lichte beleuchtet hat.

Jetzt höre ich schmerzhaft schon auf, an Brot und Essen zu denken, und davon zu träumen; ich bin ganz von physischen Leiden, den Folgen dieses Hungers erfaßt. Es treten auch Augenblicke ein, wo es mir vorkommt, als verjähren diese Leiden vollkommen. Ich fühle sie nicht mehr, fühle aber auch nicht selbst nicht mehr, es kommt mir vor, als existierte ich nicht mehr, als beobachtete jemand, der sich von mir losgelöst hat, von der Seite meine eigene Leiche.

Aber auch diese Augenblicke der Schwäche gehen vorbei und ich weiß selbst nicht, woher ich die Willenskraft nehme. Ich spanne eine geheime, tief in der Brust verborgene Feder an und gehe, bewege mich, rede, und es ist bei meinem Anblick schwer zu glauben, daß ich ein dem Hunger preisgegebenes Opfer bin.

Den 15. November.

Heute erschien bei mir eine ganze Deputation von Künstlern, Malern, Schriftstellern, Professoren der Stadt. Es waren ihrer viele, ungeführt zehn Herren, junge und alte, aber alle, ohne Ausnahme, waren abgeriffen, abgemagert, schmutzig und mit vernachlässigten Haaren.

„Wir sind zu Ihnen gekommen, lieber Stepnoi,“ beginnt ein Greis, ein Universitätsprofessor, etwas übertrieben feierlich, „als zu einer erstklassigen Größe, als zu einem leuchtenden Stern unseres Landes, auf daß Sie sich in unsere Lage hineinversetzen, in die Lage der Arbeiter der Kunst und Wissenschaft, auf daß Sie sowohl sich selbst, als auch uns helfen.“

(Fortsetzung folgt.)

Den in meinen Pelz gehüllten Wowa nehme ich zuweilen auf meine Knie.

„Papachen, gibt es im Reich der Märchen viel Brot?“

„Ja, viel, mein Liebling.“

„Papachen, warum bringen die Engel kein Brot von dort? Ich möchte so essen, süßlich, so so . . .“ — und dabei öffnet er weit die Arme um zu zeigen, wie sehr er essen möchte.

„Es geht nicht, mein Junge, es ist Winter.“

„Du meinst, weil es viel Schnee gibt?“

„Ja, mein Liebling!“

Er schweigt und wird nachdenklich.

zuflucht sein will, so gibt es keinen Platz mehr für das weißgardistische Polen, und die polnischen Arbeiter und Bauern werden in dem Prozeß dieses Krieges erstarken, denn, wie stark der Druck auch sein mag, den die Regierung auf diese Massen ausübt, wie sehr sie sie auch verfolgen mag, es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn Hunderttausende von polnischen Bauern und Arbeitern an die Front geschickt werden, so werden auch die polnischen Arbeiter bald ein Wort mitzureden haben. Die Kommunisten werden sich an die Spitze der Arbeiterklasse Polens stellen, und dann wird die Lösung Sowjetpolens — des Arbeiter- und Bauernpolens — eine Lösung sein, die nicht die rote Armee auf Bajonetten mit sich bringen wird, sondern die die rote Armee an der Grenze Polens empfangen wird, als Lösung der freiesten Volksmassen in Polen selber. Wir behaupten nicht, daß die Sowjetregierung es sehr leicht hat, wir wissen, daß dieser Krieg — bei der wirtschaftlichen Zerrüttung, bei dem kritischen Zustand unseres Transports, bei unserer Erschöpfung — sehr schwer sein wird, und darum ist es Aufgabe der kommunistischen Partei, in diesem Kriege alle Kräfte anzupressen, damit wir ihn rasch zu Ende führen, und zwar hegisch zu Ende führen, damit wir einen friedlichen Nachbar im Westen haben, der uns von den Arbeitern Westeuropas nicht trennt, der nicht nur mit Worten, sondern in der Tat ein Nachbar wäre, der mit uns in Frieden und Eintracht leben will. Wir werden aus dem Kriege nur dann rasch als Sieger hervorgehen, wenn die Partei ihre Pflicht erfüllt, und ich bin überzeugt, daß die Partei diese Pflicht erfüllen wird.

Groß-Berlin

Bezirksverband Berlin-Brandenburg
 Heute nachmittag 3 Uhr findet eine Geschäftsleitungs-Sitzung im Verbandsbureau, Schilderstraße 5/6, statt. Die Geschäftsleitung, Bezirksorganisation Berlin-Stadt. Die Distrikte werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Informationsblätter vom Parteibureau, Schilderstraße 5/6, abzuholen sind.
 Preßkommission. Sitzung findet heute, nachmittag um 3 Uhr, in der Buchhaltung der „Freiheit“ statt.

Die Wahlen zum Magistrat
 Unter dem Vorsitz des Stadtverordnetenvorstehers, Genossen Dr. Wehl, fand am Freitagabend eine neue Sitzung des Stadtverordneten-Ausschusses, zur Vorbereitung der Wahl der Magistratsmitglieder für das neue Magistratskollegium der Einheitsgemeinde Berlin, statt. Nach längerer, eingehender Beratung wurde beschlossen, dem Plenum der Versammlung die Wahl eines Oberbürgermeisters, eines Bürgermeisters, eines Kammerers, dreier Fachbevollmächtigten für das Bauwesen, Wohnungs-, Siedlungs- und Verkehrswesen, Maschinenbau und Werke, sowie von zwei Stadtschulräten und eines Stadtschulinspektors und endlich eines Stadtmedizinalrates vorzuschlagen. Außerdem sollen dann noch 20 Mitglieder in Vorschlag gebracht werden. In der nächsten Sitzung sollen zunächst die Gehälter für die Magistratsmitglieder beraten werden, um dann zu der Frage einer Ausschreibung der Kämter-Stellung nehmen zu können. Die nächste Sitzung findet am Freitag, den 13. d. Mts., im Berliner Rathaus statt.

Bureauräume für Wohnzwecke
 Unser Wohnungsamt schläft. Es ist bekannt, daß durch die Maßnahmen der Reichsbehörden der schleunigste Abbau der Zwangswirtschaft in die Wege zu leiten ist. Das führt zu Entlassungen und natürlich auch zur Aufgabe von Räumlichkeiten. An der Straßauer Brücke liegt ein großes Gebäude, das bisher von der Fettstelle Butter und Käse benutzt wird. Die Fettstelle wird zunächst stark reduziert werden. Jetzt rennen sich einige städtische Verwaltungen die Hände ab, um die noch lange nicht zur Verfügung stehenden Räume für sich zu benutzen. Nur das Wohnungsamt weiß von der Sache nichts, obwohl gerade hier Wohn-

räume bereit gemacht werden könnten. Bei der Not an Wohnungen sollte man meinen, daß das Wohnungsamt seine erste Aufgabe darin sehen sollte, Wohnräume zu schaffen. Aber unser Wohnungsamt schläft und verzögert die um Wohnungen Nachsuchenden von Tag zu Tag, von Woche zu Woche. Hier sollte es mit fester Hand zuschlagen. Wie hier, so geht es in Kürze auch an anderen Stellen. Es wird Zeit, daß wir im Wohnungswesen Leute bekommen, die wirklich auf dem Posten sind.

Arbeitslosenversammlung in Schöneberg heute nachmittag 2 Uhr Frankfurterstr. 10, Comenius-Schule.
Umwandlung des Festsaales der Stadt Berlin. Der Magistrat hat an die Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage auf Bewilligung von 24 500 Mark gelassen, die für die Einrichtung des Festsaales des Rathauses für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung erforderlich waren. Von einer räumlichen Erweiterung des bisherigen Stadtverordneten-Sitzungssaales hat der Magistrat im Hinblick auf die hohen Kosten abgesehen. Die Beschlußfassung über die Neueinrichtung des Stadtverordneten-Sitzungssaales bleibt gemäß dem Wunsch der Stadtverordneten der neuen Stadtverordneten-Versammlung vorbehalten.
Seifenpulver marktfrei. Der Reichswirtschaftsminister hat durch Bekanntmachung vom 26. Juli bestimmt, daß der Kartellzwang nunmehr auch für Seifenpulver mit Wirkung vom 1. August ab wegfällt. Bestehen bleiben sollen aber gleichwohl die Ausweise, welche die Abteilung für Seifenverlegung des Magistrats den Verkaufsstellen und technischen Betrieben mit weniger als 10 Arbeitern für den Bezug von Seifenpulver auf Antrag anstellt.

Die Genossen der Schönhauser Vorstadt (12. Distrikt) veranstalten am Sonnabend, 7. August, im Berliner Prater, Kastanien Allee 5/7, ein Sommerfest. Parteitextprogramm. Gesangsverein „Neu Erwachet“, Mitglied d. A. S. B., Festrrede des Genossen Otto Meier. Anfang 4 Uhr. Eintritt 2 M.
Mariendorf und Umgebung. Am Sonntag, den 8. August, nachmittags 4 Uhr, veranstaltet der Wahlverein der U. S. B. D. Mariendorf in Gräblich-Geländehaus, Chausseestr. 305, ein Sommerfest. Außer gutem Gartenkonzert und Tanzgelegenheit, werden die Reinholde humoristische Vokal- und Instrumentalvereinigung, ferner der Volksgesang Tempelhof-Mariendorf, der Turnverein Tempelhof-Mariendorf, die Veranstaltung eines Preisausgleichs von Lebens- und Genussmitteln, sowie eine Fadelpolonaise den Besuchern, bzw. ihren Kindern einen genussreichen, frohen Sonntagnachmittag verschaffen. Familien können Kaffee trinken. Die Genossen von Tempelhof, Mariensfelde, Lichtertrabe usw. sind freundlichst eingeladen. Eintrittskarten sind noch bei den Genossen Schwarz, Rathausstr. 7, Kommit. Bergr. 7, sowie bei den Bezirksführern zu haben. Arbeitslose Genossen haben gegen Ausweis freien Eintritt.

Das Fernheizwerk der Stadt Neukölln. In der Kaiser-Friedrich-, Elbe- und Schönstedtstraße in Neukölln sind seit einigen Monaten die Arbeiten zur Herstellung eines großen Fernheizkanals in der Ausführung begriffen. Die Speisung des Kanals erfolgt durch mechanische Anlagen im städtischen Elektrizitätswerk, deren Konstruktion betragt bemessen ist, daß eine Ausnutzungsmöglichkeit zur Verfertigung eines Bodencanals in fünffacher Größe des neuen Siedelungsgeländes Kölnische Heide gegeben ist. Zunächst sollen von den städtischen Gebäuden das Rathaus, die Sparkasse, das Realgymnasium, die Gemeindeschule Herbergplatz, die Mädchen-Mittelschule Donaustraße und die Wohnhausbauten in der Gegerstraße an das Fernheizwerk angeschlossen werden. Ueber den Anschluß einer Anzahl sozialistischer und privater Bauten sind bereits Verhandlungen eingeleitet.

Vorzugsbezeichnungen für Schwerkriegsbeschädigte Charlottenburgs. Schwerkriegsbeschädigten, denen tatsächlich längeres Stehen schwerfällt oder schadet, werden auf der Eisenbahn bei der Abfertigung und Beförderung besondere Berücksichtigung. Entsprechende Ausweise stellt die Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte, Schloß, hinter Seitensügel, auf Antrag aus.

Die Volkspflege, Kriegerversicherungskasse, fordert die Inhaber der Anteilsscheine für diesenigen Verstorbenen, die infolge des Krieges gestorben sind, auf diese Anteilsscheine sofort an die Rechnungsstelle Berlin, Engel-Allee 18, einzuliefern. Die Empfangsberechtigten möchten ihre genaue Adresse angeben, damit die Auszahlung so bald wie möglich erfolgen kann. Das zur Auszahlung

gelangende Geld pro Anteilsschein beträgt 43 Mk. und wird durch den Vorstand der Volkspflege, Hamburg 5, direkt an die Empfangsberechtigten ausgezahlt.

Der Hof zum Gärtner gemacht hat die Militär-Polizei-Kelle des Reichswehrministeriums, Abteilung Erfüllung, Potsdamer Str. 22a, indem sie den ehemaligen Leutnant E. M., namens Häusler, Hamburger Straße wohnhaft, zum Depot-Bewahrer über das „erfakte“ Heeresgut im Depot, Wilsnaderstraße, einsetzte. Häusler kam gewöhnlich nach Depotschließung mit einem Wagen ins Depot, auf welchem Teilbestände aufgeladen und weiter verschoben wurden. Durch die Anzeige eines dort tätigen Depotarbeiters kam man hinter das Treiben des Häuslers und es gelang — noch bevor die ganzen Bestände des Depots der „Erfüllungs-Abteilung“ verschoben waren — den Häusler festzunehmen. Häusler ist geständig, eine Anzahl Militärstücke, 30 000 Stück Militärdecken und anderes Heeresgut aus den Beständen des genannten Depots verschoben zu haben.

Die Schreibmaschinendiebe treiben es in der letzten Zeit immer ärger. Da eine einzelne Maschine 4 bis 10 000 Mark kostet und sie dafür jederzeit willige Käufer finden, so betrachten sie diese als gute Beute. In der letzten Nacht allein wurden nicht weniger als 13 Schreibmaschinen gestohlen. Bei der Großherzogin-Carolinenmühle U. G. in der Potsdamer Str. 38, erbeuteten sie allein 5 Maschinen, ebenso mehrere bei der Firma Schöfer und Clauß in der Leipziger Str. 18 und der Firma Peukert in der Schleißerstraße 32. Aus dem Bureau des Justizrats Meitersdorf in der Behrenstraße 23 stahlen sie zwei Schreibmaschinen, aus der Klinik des Sanitätsrates Dr. Taendler in der Johannisstr. 14-15 eine.

Friedhofsbiebe suchten in der vergangenen Nacht den St. Georgen-Friedhof am Köpenicker Heim. Sie stahlen von einer Grab-einfriedigung ein 80 Zentimeter hohes und 8 Meter langes Bronze-gitter, ohne daß der Diebstahl bemerkt wurde.

Der Raubmord im Hotel „Münchener Hof“. Die Vernehmungen der Verhafteten wurden am gestrigen Tage durch die Kriminalkommission Gennat und Lüniger weiter fortgesetzt. Das Geschwizterpaar Räger ist in vollem Umfang geständig, bestritten aber entschieden, daß eine Tötung Wolfers von vornherein beabsichtigt war. Sie wollten nach ihrer Darstellung, die auch plausibel erscheint, den Kaufmann nur betäuben und betrauben. Hof ist über das Verbrechen noch nicht vernommen. Verschiedene Haus-abführungen an den Händen sind noch Folgen des harten Kampfes mit seinem Opfer. Er hat nach der Tat nicht nur seine Wohnung gemischt, sondern sich auch noch durch Abnehmen des Schnurrbartes und des Kopfschaars unentwischbar zu machen versucht.

Aus den Organisationen

7. Distrikt, 6. Abteilung. Sonntag, nachmittags 6 1/2 Uhr, Sitzung aller Funk-tionäre und Kommissionsmitglieder, bei Kamp, Gabener Str. 12.
 8. Distrikt, 9. Abteilung. Sonnabend, abends 6 Uhr, bei Kott, Strahmann-straße, Konferenz aller Abteilungs-funktionäre und Kommissionsmitglieder. — Son-nabend, abends 7 Uhr, in der Zeit, Rigler Str. 8, Konferenz aller Funktionäre und Kommissionsmitglieder.
 12. Distrikt, Sonntag, 7 Uhr, engers, Dienstag, 7 Uhr, erweiterte Vorstandsw-erung, bei Hoffmann, Köpenicker Str. 8.
 Charlottenburg, heute, Sonnabend, abends 8 Uhr, Sitzung der Schiedskom-mission im Rathaus, Zimmer 304.
 Neuköllner-Volk. Sonntag, 10 Uhr, nachmittags, Sitzung der kommunalen und politischen Kommission, Wittenberg und der Geschichtsleitung, im Volkshau-s, Teltow-Str. 12 (Distrikt). Käse und Gemüseschulung, Sonntag, nachmittags 10 Uhr, in Königswalderhäusern, Defak-Siegerstr., Köpenicker Str., Rupert wichtiger Sitzung.

Bereinskalender

Internationaler Bund aller Kriegsoffiziere, Neukölln, heute, Rindl-Bränerel, Hermannstraße, Sommerfest aller Kriegsoffiziere, Anfang 5 Uhr.
 Sozialistische Arbeiterjugend, Charlottenburg, Sonnabend, abends 7 Uhr, Treffpunkt Charlottenburger Bahnhof, Abfahrt nach Schwanau.

Lebensmittelkalender

Wetzlarer, Abt. 17 und 28 der allgemeinen Lebensmittelkarte, 20 Stk. Halbleben in Packungen zu je 1/4 Pfd. In dieser Woche im ganzen 6 Pfd. Kartoffeln.

Geschäftliches

Die Firma Weßelmann, Oststr. 20, ist wieder die erste, welche auf das Stufen der Schuldenpreise reagiert.
 Bekanntmachung für die Reduktion: Emil Kabsch, Berlin. Bekanntmachung für den Interessenten: Ludwig Kometzner, Rathenow. — Besorgungs-gesellschaft „Freiheit“ G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit“-Veranstalt G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 54.

Rauch-Kaffee
 Wir kaufen und zahlen sehr hohe Preise für Kupfer, Blei, Zink, Messing, Stannol, Zinnfolie, Quecksilber, Aluminium, Zerkollt, Metallabfälle, Platin, Gold, Silber, PETERS, Preussenschtr. 21, NOBUS, Waldstraße 3, G. ERMEL, Gubenstraße 59, DEGENER, Schöneberg, Waldstraße 16, HAASE, Gubenstraße 55a, Edele Dräger Weg, BOELKE, Rammelsbergstr. 10.
 Kupfer 10.—, Messing 8.25, Zinn 1.50.—, Blei 2.70, Zink 2.50. Neue Preise 1925.
 Überziehe (rd. Rammelsberg) für Altmetalle, Kupferblech u. Schweißblech, Schöneberger Allee 143

Der große Ausverkauf

beginnt Montag, den 9. August, morgens 8 Uhr

Es gelangen wegen Räumung spottbillig zum Verkauf:

1 Posten Schwarze Kinderstiefel 18-24	jetzt	Mk. 17.95
1 Posten Kalbleder-Kinderstiefel amerikanisches Fabrikat, Größe 26-33	jetzt	„ 49.85
1 Posten Weiße Leinen-Spangenschuhe	früher Mk. 85.00	jetzt „ 27.85
1 Posten Schwarze Damen-Spangenschuhe sehr elegant	früher Mk. 125.00	jetzt „ 85.00
1 Posten Braune la Chevr.-Spangenschuhe u. Schnürschuhe sehr fein	früher Mk. 250.00	jetzt „ 95.00
1 Posten Lack-Damen-Halbschuhe Spangenschuhe u. Schnürschuhe	früher Mk. 200.00	jetzt „ 135.00
1 Posten la Chevreau-Damen-Hochschaffstiefel sehr elegant	früher Mk. 200.00	jetzt „ 145.00
1 Posten Borscal-Damenstiefel	früher Mk. 250.00	jetzt „ 135.00
1 Posten Borscal-Herrenstiefel	früher Mk. 250.00	jetzt „ 135.00
1 Posten Braune Rindleder-Sandalen	früher Mk. 40.00	jetzt „ 23.85
1 Posten la Segeltuch-Sandalen Ledersohlen, Größe 22-42	früher Mk. 45.00	jetzt „ 29.85
	früher Mk. 55.00	jetzt „ 39.85
	früher Mk. 60.00	jetzt „ 45.85
		jetzt „ 10.90

Roter Schuhkeller, Naunynstr. 62

Straßenbahnlinien 1, 2, 3, 5, 11, 18, 28, 45, 48, 49, 65, 93, 98, R. P.
 Zwecks sorgfältigster Bedienung ist es ratsam, den Einkauf am Vormittag vorzunehmen

und alle Behälterartikel
 Foto-Industrie
 Berlin 48, Reichstraße 14

Möbel
 Bar oder Teilzahlung
 bei kleinster Anzahlung und Abzahlung zu billigen Preisen
 Wohnstüber, Schlafstüber, Speisestüber, Herrngaststüber, Gäste Küchen
 Einzelne Möbel
 Lagerung kostenlos
 Lieferung auch in auswärtige
Möbel-Cohn
 St. Frankfurter Str. 58
 5 Min. v. Wilmersberg
 Filiale: Wabstr. 47/48
 5 Min. v. W. Oranienbr.

Kupfer Messing Rotguß
 und alle übrigen Metalle
Banig & Janke
 Schulstraße 27, Stralendorfer
 Bahnhofstr. 14/15, C. Schulte

DIE GUTE MASSARY ZIGARETTE
 urteilen Sie selbst